

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 8
Telefon: 37 201 bis 207
Telegrammbezeichnung: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT



In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts..... 15 Pf.
Bezugsbedingungen und Anzeigerpreise
siehe am Schluss des reaktionären Teils

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Hitlers Bittgang zu Hugenberg

Er wünscht einen Bürgerblock in Preußen mit den Deutschnationalen

Wie der Parlamentsdienst der Telegraphen-Union von deutschnationaler Seite hört, sind die deutschnationalen Abgeordneten Dr. von Winterfeld und Bork vom Sonntagspräsidenten Kersch zu einer Besprechung eingeladen worden, in der die deutschnationalen Abgeordneten von dem Wunsche der nationalsozialistischen Parteiführung unterrichtet wurden, die Deutschnationalen in eine in Preußen zu bildende Regierung einzubeziehen. Die deutschnationalen Abgeordneten haben von diesem Wunsche Kenntnis genommen. Im übrigen wird der Verlauf der Besprechungen vertraulich behandelt.

Zentrum sagt: neue Situation

Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags trat am Mittwoch zusammen und nahm, wie von der Fraktion mitgeteilt wird, zunächst die Berichte ihrer Unterhändler über die in letzter Zeit mit verschiedenen Stellen über die Frage der Regierungsbildung in Preußen geführten Besprechungen entgegen. Im Anschluß daran fand eine mehrstündige Aussprache statt. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Das Zentrum wartet das Ergebnis der

Besprechungen ab die die Nationalsozialisten auf Wunsch Adolf Hitlers mit den Deutschnationalen eingeleitet und die eine neue Situation geschaffen hätten.

Die Abgeordneten Hitlers haben sich zu den Deutschnationalen begeben. Sie haben um die Gunst Hugenburgs gebeten und ihm den Wunsch übermittelt, die Deutschnationalen in die preussische Regierung einzubeziehen. Ein richtiggehender Bürgerblock vom Zentrum bis zu den Deutschnationalen ist das Ziel. Alle Agitationsreden der Nationalsozialisten gegen die Reaktion enden mit einer Verbeugung vor Hugenberg.

Hugenberg soll helfen. Er soll mit deutschnationalen Ministern die Verbindung zwischen Preußenkabinett und Reichskabinett herstellen, und damit die Nationalsozialisten vor dem direkten Eintritt in die Schleicher-Regierung bewahren. Es ist selbstverständlich, daß in diesem Falle die Nationalsozialisten ein Isolierungsversprechen im Reich abgeben müßten. Es gäbe dann einen offenen Bürgerblock in Preußen und einen leicht verhängelten Bürgerblock im Reich.

Die Deutschnationalen sehen sich zum Ratio-

nalsozialisten gegenüber aufs hohe Pferd, und das ist begreiflich! Wenn Hitler ihre Einbeziehung in eine preussische Regierung wünscht, so können sie sagen: aber bitte, wir regieren doch in Preußen, mehr können wir niemals erhaschen, als wir jetzt erhalten!

Herr Kersch ist zu den „feinen Leuten“ gegangen. Noch gestern höhnte die nationalsozialistische Provinzpresse in Bort und Karifatur über den „Auchenzwang“ und die deutschnationalen Reaktionäre. Das wird so schnell verstummen wie feinerzeit das Geschrei gegen die „romhörigen schwarzen Separatisten und Landesverräter“.

Wo bleibt das „Rettenprogramm“ Hitlers, wo sein Vorschlag an den Reichspräsidenten, den der „Angriff“ täglich bis zum Erbrechen seinen Lesern vorsetzt? Wie wäre es, wenn Herr Goebels statt dessen künftig die untertänigen Vorschläge Hitlers an Hugenberg veröffentlichte?

Eine ganz gewöhnliche Bürgerblockpartei, die einen Kuhhandel mit den schlimmsten Reaktionären im Hugenberglager anfangt — das ist die NSDAP! Was bleibt da von den geschwollenen Phrasen übrig?

Schule in Gefahr!

Soll das Aufbauwerk zerstört werden?

In Berlin gehen täglich über 360 000 Jungen und Mädchen in die städtischen Schulen. Eltern und Lehrer dieser jungen Menschen sind in den letzten Tagen in höchstem Maße neu beunruhigt worden durch Nachrichten, nach denen die zuständigen staatlichen Stellen einen neuen Anschlag auf das Berliner Schulwesen planen. Man befürchtet allgemein eine neue Herausforderung der Klassenfrequenz und damit einen neuen Massenabbau des Lehrpersonals.

Mit allem Nachdruck wollen wir deshalb schon jetzt, wo das Nachwort der preussischen Kommissare noch nicht gesprochen ist, auf die schweren Gefahren hinweisen, die dem Berliner Schulwesen aus den geplanten staatlichen Anordnungen erwachsen. Ein Stellenabbau von 1100 Lehrkräften war der Stadt Berlin schon früher auferlegt worden. Es war daher in den letzten zwei Jahren unmöglich geworden, jungen Lehrern, die schon sechs bis zwölf Jahre im Dienste der Stadt stehen, zur Anstellung zu verhelfen. Dieser rigorose Lehrerabbau wird mit Ablauf des Etatsjahres durchgeführt sein.

Aber schon erwacht der Schule die neue Gefahr, daß vom grünen Tisch aus eine weitere Erhöhung der Klassenfrequenz verfügt wird. Es muß anerkannt werden, daß die Reichshauptstadt in dem Bemühen, die Klassenfrequenz niedrig zu halten, vorbildliche Arbeit geleistet hat. Doch bereits die Notzeit der letzten Jahre zwang dazu, die Durchschnittszahl der Schüler in den einzelnen Klassen zwischen 34 und 38 zu halten. Kaum eine andere Stadt in Preußen dürfte auch in so hohem Maße Junglehrer einberufen haben wie Berlin. Trotzdem warten hier noch immer 900 Junglehrer auf Einstellung. Der Staat sollte endlich diese Arbeitskräfte der Allgemeinheit dadurch dienstbar machen, daß er ihnen in der Provinz die Möglichkeit praktischer Betätigung gibt.

Das hervorsteckendste Merkmal des Berliner Schulwesens ist der dauernd anhaltende Rückgang der Schülerzahl. Die Gründe dieser Entwicklung liegen in dem Geburtenrückgang und in der Rückwanderung von Berlin in die Provinz. Nun ergibt sich schon bei einer feststehenden Frequenz von 40 die Unmöglichkeit, neue Lehrkräfte einzustellen. Es soll ruhig zugegeben werden, daß selbst eine Durchschnittsbelegung der Klassen mit 40 Schülern unter dem Landesdurchschnitt bleiben würde. Berlin nimmt aber auch im Schulwesen eine ganz besondere Stellung ein. Der kinderarmen City steht die große Zahl der eingemeindeten Vororte gegenüber, die zum Teil noch ländlichen Charakter tragen. Weiter macht es die Trennung in evangelische, katholische und weltliche Schulen unmöglich, die Klassenfrequenz schematisch auf 40 hinaufzuführen. Praktisch würde die Festsetzung einer Durchschnittsfrequenzzahl von 40 bedeuten, daß in sehr vielen Klassen 42 bis 45 Schüler vorhanden wären. Es würden sich auch technische Schwierigkeiten einstellen, da viele alte Schulgebäude viel zu kleine Klassenzimmer aufweisen.

Alle Gegenwartsorgen dürfen nicht vergessen lassen, daß das neue Berlin auch im Schulwesen Außerordentliches geleistet hat: es wurden dreißig neue Schulgebäude errichtet und mehrere Schulen durch Umbauten vergrößert und moderner gestaltet. Wer in Berlin weiß auch, daß es gelang, 110 neue Turnhallen zu schaffen? Die Behauptung kommunalfeindlicher Kreise, daß hier Lugus getrieben worden sei, ist durch die Untersuchung objek-

Neue Verordnungen!

Winterhilfe — Arbeitsbeschaffung — Republikschutz

Die mehrstündige Kabinettsitzung vom Mittwoch brachte als wichtigstes Ergebnis den Beschluß der Reichsregierung, die Tariflockerungsverordnung vom 5. September 1932 außer Kraft zu setzen. Damit ist den Wünschen des Reichstages Rechnung getragen. In der Frage der Steuergutscheine sind irgendwelche weiteren Maßnahmen der Reichsregierung nicht beabsichtigt. Die Winterhilfe wurde eingehend behandelt, aber die Beratungen noch nicht zu Ende geführt. Hier werden die zur Klärung der nächsten Kabinettsitzung am Sonnabend eine Verordnung ausarbeiten, die dann vermutlich sofort in Kraft gesetzt wird.

Weiter wurde der Bericht des Reichsaussenministers über die Genfer Verhandlungen entgegengenommen und vom Kabinett gebilligt.

Eingehend erörtert wurde die organisatorische Gestaltung der Arbeitsbeschaffung. Der Arbeitskreis des Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung wurde genau festgelegt. Er wird durch eine Verordnung des Reichspräsidenten in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. Für die Arbeitsbeschaffung stehen 640 Millionen aus nicht begebenen Steuergutscheinen und 350 Millionen aus dem alten Arbeitsbeschaffungsplan der Regierung zur Verfügung. Zu dieser Milliarde soll noch eine weitere halbe Milliarde erst beschafft werden. Innerhalb des Reichskabinetts soll ein Ausschuss für Arbeitsbeschaffung gebildet werden, dem der Reichskommissar Dr. Gercke seine Anregungen gibt. Ein weiterer Ausschuss im Kabinett wird sich im besonderen mit der Siedlung und der Öffnung beschäftigen. Er soll unter Leitung des Reichsernährungsministers stehen.

Die Einführung des Werkjahres für Studenten zum 1. April 1933 wurde abgelehnt, da die technischen Vorbereitungen dafür noch nicht gegeben sind. Man will versuchen, die Studenten nach Möglichkeit in den freiwilligen Arbeitsdienst einzuführen.

Die nächste Kabinettsitzung am Sonnabend wird sich in der Hauptsache mit der Winterhilfe befassen und mit einer Verordnung des Reichspräsidenten, die an Stelle des Republiksschutzgesetzes tritt, das mit dem 31. Dezember abläuft sowie auch an die Stelle aller politischen Notverordnungen, seit dem 14. Juni 1932, die durch diese neue Verordnung ersetzt werden sollen.

Amnestie und Reichsrat Entscheidung auf Dienstag vertagt

Die Reichsrats-Ausschüsse berieten am Mittwoch unter Vorsitz des Reichsjustizministers Dr. Görtner das vom Reichstag am 3. Dezember 1932 von den Japanern 12 026 Zivilpersonen, 20 214 Soldaten, 391 Polizisten und 25 618 Freiwillige getötet worden sind, insgesamt 58 248 chinesische Staatsbürger.

Japanische Hetze gegen Rußland

Bei einer Pressebesprechung äußerte ein Vertreter des japanischen Außenministeriums, daß die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen

eine zweite Befragung am nächsten Dienstag statt. Das Amnestiegesetz kann deshalb in der Vollziehung am heutigen Donnerstag vom Reichsrat noch nicht verabschiedet werden. Eine neue Befragung, dann voraussichtlich die letzte vor Weihnachten, ist für diesen Zweck für Dienstag abend in Aussicht genommen. Im Reichsrat besteht jedoch die feste Absicht, noch rechtzeitig vor Weihnachten die Entscheidung über die Amnestie herbeizuführen.

Regierung Held will Einspruch erheben

München, 14. Dezember. Der bayerische Ministerrat hat beschlossen, gegen das vom Reichstag angenommene Amnestiegesetz im Reichsrat Einspruch zu erheben. Um das zu verhindern, haben die Nationalsozialisten ihren schon vor Monaten im Landtag eingebrachten, bisher aber noch nicht erledigten Amnestieantrag für das Gebiet des Freistaates Bayern wieder aufgenommen. Der Landtag wird diesen Antrag am Donnerstag mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten annehmen und der Geschäftsbereich Regierung Held damit das Recht absprechen, im Reichsrat gegen das Amnestiegesetz Einspruch zu erheben.

Mandschurischer Friede

Japan provoziert Rußland weiter

Genf, 14. Dezember.

Die chinesische Delegation beim Völkerbund gibt bekannt, daß in der Mandschurei vom 18. September 1931 bis zum 3. Dezember 1932 von den Japanern 12 026 Zivilpersonen, 20 214 Soldaten, 391 Polizisten und 25 618 Freiwillige getötet worden sind, insgesamt 58 248 chinesische Staatsbürger.

Tosio, 14. Dezember.

Bei einer Pressebesprechung äußerte ein Vertreter des japanischen Außenministeriums, daß die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen

zwischen Rußland und China die japanische Öffentlichkeit befremde. Die Bereitwilligkeit Chinas, seine diplomatischen Beziehungen mit Rußland wiederherzustellen, sei geradezu unverständlich und werde China noch teuer zu stehen kommen. China habe damit eine große Chance aus der Hand gegeben, die zu einer Änderung der Haltung der Großmächte (!) gegenüber China hätte führen können. Der Kabinettsitzung in scharfen Worten die Erklärung Hitlers zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen und betonte, daß Japan sich dadurch bedroht fühle.

Das japanische Kabinett beschloß die russisch-japanischen Verhandlungen auf unbestimmte Zeit zu vertagen.

Der Gegenangriff der Schuldner

Frankreichs Kampfansage an Amerika

Hofier Stellen als Lüge gestraft worden. Die Sünden der alten Zeit konnten im Gegenteil nur zu einem geringen Teil gutgemacht werden, und es ist deshalb zu verlangen, daß bei einem Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reiches der Stadt Mittel gegeben werden, um die dringendsten Renovierungen in den alten Gebäuden vornehmen zu können. Um schlimmste Uebelstände abzustellen, hat sich der Stadtkämmerer gezwungen gesehen, trotz der außerordentlich angespannten Kassenlage 20 000 Mark für diese Zwecke freizugeben. Ein Tropfen auf den heißen Stein!

Die Abwanderung von den Innenbezirken an die Peripherie, die Entstehung großer geschlossener Siedlungen, das wilde Siedeln, und der Aufbau der Stadtrandfiedlungen machen die Schaffung neuer Lehrstätten zur dringenden Pflicht. Die Stadtverordnetenversammlung hat unlängst eine sozialdemokratische Forderung zum Beschluß erhoben, wonach der Magistrat beauftragt wird, umgehend ein Rotprogramm über die Erstellung von Räumen zur Verringerung der Schulraumnot vorzulegen. Vordringlich muß den Stadtteilen Biesdorf, Mahlsdorf, Johannisthal, Brix, Steglitz und Siemensstadt geholfen werden. Dem Bezirk Tempelhof, der gleichfalls über große Schulraumnot zu klagen hat, soll dadurch Erleichterung verschafft werden, daß das im jetzigen Bezirk Schöneberg gelegene Gebäude der in Auflösung begriffenen Flauto-Realschule den Tempelhofern zur Verfügung gestellt wird.

Der bei den Volksschulen eingetretene Rückgang der Schülerzahl war schon früher bei den höheren Schulen zu verzeichnen. Hier setzte die entgegengesetzte Bewegung schon in den Inflationsjahren ein. Die Umkehr von der höheren Schule war so stark, daß je fünfzig Sexten bei Beginn des neuen Schuljahres eingezogen wurden. Dadurch wurden fast angestellte Schulkräfte frei, ohne daß eine Entlastung eintrat. Man sollte endlich einen Weg finden, um mangelhaft belegte städtische und staatliche Gymnasien in den einzelnen Bezirken zusammenzulegen.

Die allgemeine Not hat dazu geführt, daß von dem gesamten Schulgeld-Soll von mehr als 16 Millionen Mark nur noch 50 Prozent wirklich einkommen. Die Hälfte der gesamten Aufwendungen für die höheren Schulen wird also voll von der Stadt getragen, wobei man bedenken muß, daß das bezahlte Schulgeld auch nur ein Drittel der Kosten darstellt, die für jeden höheren Schüler aufgebracht werden müssen. Auch diese Entwicklung bestätigt nur die Richtigkeit der sozialdemokratischen Forderung auf unbedingte Aufrechterhaltung der sozialen Schulgeldkassierung. Unter allen Umständen muß auch in der gegenwärtigen Lebenszeit dem befähigten Kind des mittellosen Arbeiters und des Erwerbslosen die Möglichkeit des Aufstiegs bleiben. Das im Interesse der Gesamtheit der Bevölkerung geleistete Aufbaumerk im Berliner Schulwesen darf nicht durch schematische Anordnungen irgendwelcher staatlichen Stellen sinnlos zerstört, es muß vielmehr unter Anspannung aller Kräfte hinübergerettet werden in eine bessere Zeit.

Klagges auf der Rippe Mißtrauen mit Stimmgleichheit abgelehnt

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Braunschweig, 14. Dezember.

Dank dem jämmerlichen Verhalten der bürgerlichen Mittel- und Rechtsparteien ist heute abend im Braunschweigischen Landtag nach einer fünfständigen Debatte der sozialdemokratische Mißbilligungsantrag mit Stimmgleichheit, nämlich mit 20:20 Stimmen abgelehnt worden.

Für den Antrag stimmten die Sozialdemokraten, die SPD, und der Jungdeutsche Schrader, der nach der Ablehnung für einen volksparteilichen Antrag stimmte und damit dessen Annahme ermöglichte. Dieser Antrag verpflichtet Klagges zu nichts, sondern stellt es in kein Ermessen, den Hochschulkonflikt „zu einem für beide Teile befriedigenden Ausgleich zu bringen“. In der vorausgesetzten, stellenweise recht förmlich verlaufenen Aussprache hatte der sozialdemokratische Abgeordnete Kiecke mit dem Spiegel- und Deutschnationsystem im Hochschulwesen unter der Klags Abrechnung gehalten. Der sozialdemokratische Redner betonte, daß der Ratsminister sowohl die Hochschul- wie die Reichsversammlung verlegt und seine Amtsgewalt mißbraucht habe. Die Disziplin an der Hochschule werde nicht dadurch gefördert, daß die Ratspräsidenten von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags in den Vorlesungen sich den Anordnungen der Hochschulbehörden widersetzen, um dann ab 5 Uhr nachmittags auf dem Hochschulhof militärisch von SA-Deuten

Der dramatische Beschluß der französischen Kammer, die Zahlungen an Amerika zu verweigern, hat mit lächem Auf den Schreier vor dem verworrenen Komplex der Kriegsschulden geiffen. Zum ersten Male hat in jener historischen Nachtigung vom 14. Dezember die Volksvertretung eines europäischen Schuldnerstaates mit erbitterter Wehrheit gegen den Kriegsschuldnerwahn rebelliert und dem Weltgläubiger jenseits des Ozeans den Kampf angesagt.

Die Krise der Kriegsschulden ist da!

Sie war schon im Verborgenen vorhanden, aber jetzt ist sie zum Ausbruch gekommen, wie vor einem Jahr die Feuerschulden Reparationskrise.

In Deutschland, das zwölf Jahre unter dem furchtbaren Druck der Reparationen gestanden hat, sollte man die Entwicklung, die die ungeliebte Kriegsschuldenfrage jetzt genommen hat, begrüßen, anstatt Frankreich, wie dies in der Reichspresse geschieht, mit häßlichen Klagen zu bedauern. Jahrelang hat Deutschland als Hauptschuldner des verlorenen Krieges mit seinem Argument, daß die Herausprechung von Milliardenwerten und ihre Uebertragung ohne jede wirtschaftliche Gegenleistungen den Ruin der Welt bedeuten müßte,

einer Einheitsfront der Kriegsgläubiger

gegenübergestanden. Lange, allzu lange hat es gedauert, bis man in England und noch viel später in Frankreich begriffen hatte, daß Reparationen und Kriegsschulden einen chronischen Krisenherd darstellen, von dem die Weltwirtschaft immer von neuem infiziert wird.

Aber man begreift die Bedeutung der letzten Wochen erst in vollem Umfange, wenn man einen Blick auf den dortigen Weg seit 1919 zurückwirft. Welche Entwicklung seit dem Ausbruch des französischen Finanzministers Klotz, daß der Deutsche alles bezahlen werde, seit Spatz, dem Londoner Ultimatum, Dawes, Young und schließlich Lausanne! Welche Rechtsfertigung der deutschen Reparationsforderungen in der Reparationsfrage, wenn der jetzt gestürzte französische Ministerpräsident Herriot erklärt, die Zahlung von Kriegsschulden gelte einer Schiffahrt, die nur auf der Hinreise Fahrt führe, zurück aber leer fahre. Eine solche Schiffahrt aber sei zum Tode verurteilt!

Büßt sich aber die Volksbewegung, die in Frankreich und England gegen die Kriegsschuldenzahlungen immer mehr um sich greift, nur daraus erklären, daß man selbst nicht mehr zahlen will, weil man von Deutschland und seinen anderen Schuldnerstaaten nichts mehr erhält? Sicherlich nicht! Die Deffenlichkeit empört sich dagegen, daß heute, 15 Jahre nach dem Weltkrieg, wo in allen Ländern ein Erdbeben der Preise stattgefunden hat, Zahlungen geleistet werden sollen, die auf Phantasiereisen beruhen.

Man muß sich einmal kurz vergegenwärtigen, worauf diese Kriegsschulden an Amerika basieren.

Amerika war während des Krieges eine einzige große Fabrik für Kriegsmaterial.

Es lieferte Granaten, Kanonen, Stabsdracht, Automobile und Kupfer, Gummi und Weiselaug, Getreide und Konferven, kurzum alles, was die Millionenheere der Entente zur Kriegsführung gebrauchten.

Wir wissen in Deutschland aus eigener Erfahrung, was bei Kriegslieferungen herauskam und wie Kriegsgewinne entstanden.

geschliffen zu werden. Die Hochschulen gehören nicht in die Hand eines Klages.

Desen Verteidigungsrede war auffallend matt und in der Form außerordentlich gemäßig. Immer wieder entschuldigte er sich, daß er nicht den Konflikt ausgelöst und gewollt habe. Seine Maßnahmen seien von vorübergehendem Charakter und nur zur Wahrung seiner Autorität nötig gewesen. Der deutsch-nationale Fraktionsführer, Professor Koloff, gab offen zu, daß seine Partei an einer Vertiefung des Konflikts kein Interesse habe, d. h., im Augenblick eine Regierungspregung und Landtagsauflösung noch für verfrüht ansehe. Die Ratzifraktion wurde schließlich noch von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Thieleman gezwungen, von dem Austritten des Ratziführers Dr. Zinker abzurufen, der kurz vor der Abstimmung nochmals eine Solidaritätserklärung der nationalsozialistischen Akademiker für Klages und mit Beschimpfungen gegen den Rektor verteilte hatte.

In der Vormittags Sitzung rief der deutsch-nationale Minister Dr. Rüchenthal eine Attacke gegen den „Vorwärts“ wegen dessen Bericht über den Haffelfeder Justizskandal. Er unterstellte uns tendenziöse Fälschung. Es war dem Abgeordneten Thieleman ein Leichtes, nachzuweisen, daß die in unserem geistigen Bericht gemachten Angaben mit dem Aktieninhalt völlig übereinstimmen. Dr. Rüchenthal bewies mit seinen neuen Anklagen erneut, daß er als zuständiger Kassenminister tatsächlich völlig unorientiert gewesen ist.

Jeder kriegsführende Staat entwickelte angesichts des unheimlichen Vernichtungsprojektes an den Fronten einen derart riesigen Bedarf, daß er jeden Preis zahlte, wenn er nur Lieferungen erhielt. Die Kriegsalteranten hatten es nicht nötig, ihre Preise zu kalkulieren, sie konnten als Monopolisten die Preise diktiert und daß die Amerikaner als unworbene Weltlieferanten die Gunst der Lage weiblich ausgenutzt haben, läßt sich aus französischen und englischen Parlamentsakten hinreichend belegen.

Es mußte aber erst zu dem hemmungsfreien Preisverfall in der Krise, zu der Verödung des Welthandels und der rigorosen Absperrung von Band zu Band kommen, um den Jahreserwärmung um die Kriegsschulden ins Grenzenlose steigen zu lassen. Die Kriegsschulden von England, Frankreich, Italien und Belgien an die USA betragen rund 11 Milliarden Dollar. Das ist aber nur der Gegenwert zur Zeit der getroffenen Schuldenabkommen. Bei England zum Beispiel beträgt die Schuldverpflichtung laut Abkommen 4,6 Milliarden Dollar, es hat aber

mit Zins und Zinseszins in 62 Jahren etwa 11 Milliarden Dollar

zu leisten. Als England seinen Schuldvertrag mit Amerika abschloß, stand der Index der Großhandelspreise auf 185 Prozent. Zur Zeit steht er auf 94 Prozent, das heißt, die Schuldenlast hat sich verdoppelt, denn es muß die doppelte Menge Waren zur Bezahlung produziert werden.

Um den weltwirtschaftlichen Zerfall zu vollenden, lehnen es aber die Gläubigerländer ab, sich mit Waren bezahlen zu lassen. Diese bittere Erfahrung mußte schon Deutschland machen. So hat sich der Weltgläubiger Amerika

mit einem Ring von Schutzzöllen umgeben,

der in wirkungsvoller Weise die europäische Ware vom einheimischen Markt absperrt. Es gibt aber nur zwei Arten von internationalen Zahlungen: die Zahlung in Gold oder in Waren. Da die USA bereits im Gold erstickt und Europas Goldvorräte — von Frankreich abgesehen — bereits in den Tresoren jenseits des Ozeans ruhen, bleibt die Warenlieferung die einzig gangbare Münze. Mit welchem „Erfolge“ sich die Vereinigten Staaten gegen die Annahme dieser Zahlungen sträuben, beweist, daß England vor acht Jahren nur den Wert von sechs Monaten USA-Export benötigte, um eine Jahresrate seiner Kriegsschulden zu bezahlen. Inzwischen ist infolge der amerikanischen Absperrungspolitik Englands Export nach den USA derart geschrumpft, daß Großbritannien den Exportwert von vier Jahren benötigt, um eine einzige Jahresrate seiner Kriegsschulden zu zahlen.

Die grenzenlose Verwirrung, die Reparationen und Kriegsschulden in den internationalen Zahlungsmechanismus gebracht haben, wird durch diese Ziffern grell beleuchtet. Der kapitalistische Welt dämmert erst jetzt die Erkenntnis, daß sie sich immer enger in das Netz der Weltkrisis verstrickt, wenn man sich nicht rücksichtslos von den bisherigen Methoden der Bezahlung der Kriegskosten freimacht. Zehn Jahre ist es her, daß in Frankfurt

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale

Ihre Entschließung gegen Kriegsschulden und Reparationen faßte. Hätten die politischen Machthaber für diese Stimme der werktätigen Massen ein Ohr gehabt, es wäre der Welt das schlimmste Elend dieser Krise erspart geblieben.

Lebrun auf der Suche

Leon Blum für neue Linksregierung

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Paris, 14. Dezember.

Der Präsident der Republik Lebrun empfing am Mittwoch zur Öffnung der Regierungskrisis die Präsidenten des Senats und der Kammer, sowie die Vorsitzenden der Finanz- und der auswärtigen Ausschüsse der beiden Häuser, dann die Vorsitzenden der großen Fraktionen, darunter den Führer der Radikalen im Senat Biennemann, den Sozialistenführer Leon Blum, den Vorsitzenden der nationalistischen Fraktion im Senat Debinaire und den Abgeordneten Lardieu, Vorsitzenden der republikanischen Zentrums. Die meisten von Lebrun befragten Persönlichkeiten sprachen sich für die Wiederernennung Herriots aus, da er nicht einem politischen Boten, sondern einem „echten Mann“ zum Opfer gefallen sei und unter den gegenwärtigen schweren Umständen am besten die Interessen Frankreichs verteidigen könne.

Leon Blum erklärte nach seiner Unterredung mit dem Präsidenten, er habe Lebrun noch nicht die Persönlichkeit angeboten können, die für die Neubildung des Ministeriums am besten geeignet sei, da die sozialistische Fraktion noch nicht zu der Lage Stellung genommen habe. Aber er habe sich dem Präsidenten gegenüber

energisch gegen jede „Konzentration“

ausgesprochen, die bei der gegenwärtigen parlamentarischen Lage unmöglich sei. Die Lösung der Krise müsse darin gesucht werden, daß der durch das Kammerdatum unterbrochene Kontakt zwischen den beiden wichtigsten Fraktionen der Mehrheit, den Radikalen und den Sozialisten, wiederhergestellt werde, und daß sich die beiden Parteien über die Ausarbeitung eines Programms der sozialen Reformen im Inneren und einer tüchtigen Friedenspolitik nach außen besonders auf dem Gebiet der Abrüstung einigen. Ueber die Schuldenfrage habe er sich mit dem Präsidenten nicht unterhalten.

Der Staatspräsident wird zunächst Herriot bitten, die Neubildung des Kabinetts zu übernehmen. Da Herriot bereits erklärt hat, daß er einen derartigen Antrag ablehnen werde, wird sich der Präsident nach einer anderen Persönlichkeit umsehen müssen. Auf wen die Wahl fallen wird, läßt sich zur Zeit noch nicht sagen. Als Kandidaten werden genannt Paul Boncour und Daladier, ferner Cailhaug und Chauteemps.

Warum England zahlte

London, 14. Dezember.

Die Unterhausdebatte über die Schuldenfrage eröffnete Schatzkanzler Neville Chamberlain in Vertretung des erkrankten Premierministers. Er wies darauf hin, daß die englische Regierung unentwegt

für die Befreiung des gesamten Reparations- und Kriegsschuldenflems

eingetreten sei und damit eine Haltung angenommen habe, zu der sich andere Länder erst unter dem Druck der Lasten bequem hätten. Das Hoover-Moratorium habe zwar für den Augenblick die Situation gerettet; die dann folgenden politischen Ereignisse hätten aber die Ansicht herbeigeführt, die eine Suspension der zwischenstaatlichen Schulden um ein Jahr für ungenügend gehalten hätten. Durch seinen Moratoriumsvorschlag habe Hoover übrigens den Zusammenhang zwischen Kriegsschulden und Reparationen anerkannt. Die amerikanische Regierung habe ja auch eine vernünftige Reparationsregelung in Europa zur Voraussetzung einer Revision der interalliierten Kriegsschulden an Amerika gemacht.

Eine Rückkehr zu dem vor dem Hoover-Moratorium bestehenden System der internationalen Schuldzahlung sei unmöglich. Eine Verweigerung der Zahlung der am 15. Dezember fälligen Rate an Amerika komme für die englische Regierung deshalb nicht in Frage, weil sie sich nicht, ohne sich der Unwahrscheinlichkeit schuldig zu machen, darauf berufen könne, daß die Zahlung für England tatsächlich unmöglich sei. Eine solche Behauptung hätte als Nachfertigung für andere Schuldverweigerungen dienen und so unliebsame Rückwirkungen in der ganzen Welt zeitigen können. (Eine Anspielung auf Australien, Island und andere Staaten, deren Gläubiger Großbritannien ist. Red.) Die Auffassung, die man in England von der Bedeutung, sei es privater, sei es öffentlicher Verpflichtungen habe, habe eine Zahlungsvorweigerung unmöglich gemacht. Trotzdem dürfte, wie die englische Regierung schon betont habe, die Zahlung vom 15. Dezember nicht als Anerkennung des vor dem Hoover-Moratorium bestehenden Schuldenystems aufgefaßt werden.

Nach Chamberlain kam der Abgeordnete der Labour-Party Stafford Cripps zum Wort, der die Abrüstungspolitik der englischen Regierung in Genf kritisierte. Er sagte, eine aktivere Politik Englands in dieser Frage hätte die Position des Landes in der Schuldenfrage gestärkt. Cripps betonte abschließend, daß die Arbeiterpartei an der Notwendigkeit einer Schuldensanction festhalte, aber nicht glaube, daß dies durch eine Zahlungsvorweigerung erreicht werden könne.

Wer zahlt und wer nicht?

Die lettlandische Regierung hat sich nach Verhandlungen mit Amerika entschlossen, am 15. Dezember die fällige Zinsrate in Höhe von 111 000 Dollar für die Kriegsschulden zu überweisen, jedoch Kapitalzahlung nicht vorzunehmen.

Gemäß den Beschlüssen des Großen Rates hat die italienische Regierung die für die Ueberweisung der heute fälligen Kriegsschuldenzahlungen an die Vereinigten Staaten in Höhe von 1 245 437 Dollar erforderlichen Anweisungen getroffen.

Protestbeschlüsse des Landtags

Sozialdemokratische Anträge gegen kommissarische Diktatur angenommen

In der Mittwochsitzung des Landtags verlangte zur Geschäftsordnung Abg. Kasper (Komm.) einen Beschluß des Landtages über das politische Einschreiten gegen die kommunistischen Bezirksparteitage in Dortmund und Stettin. Die schuldigen Beamten sollten sofort ohne Gehalt entlassen und unter Haftung des Staats für den der KPD. entstandenen Schaden herangezogen werden. Ebenso beantragte Abg. Kasper sofortige Beratung und Annahme eines Antrages gegen das Verbot kommunistischer Zeitungen.

Die Anträge wurden gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Abg. Kasper beantragt einen sofortigen Beschluß des Landtages, daß die preussische Staatsregierung im Verlaufe des Jahres 1932 kommen der Amnestie nicht gefährden, sondern fördern sollte. (Zuruf bei den Soz.: „In diesem Sinne hat das Staatsministerium gestern beschlossen; es steht in allen Zeitungen!) Der kommunistische Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 290 gegen 7 Stimmen angenommen. Dafür stimmen Sozialdemokraten, Nationalsozialisten und Kommunisten, Zentrum und Deutschnationale enthalten sich der Abstimmung.

Abg. Könen (Komm.) beantragt zur Geschäftsordnung eine sofortige Beschlußfassung des Landtages, wie sie gegen die Papen-Diktatur erfolgt sei, so auch gegen die Schleicher-Diktatur. Das Regime der Kommissare mißachte die Beschlüsse des Landtages und vergrößere die Not des Volkes.

Der Antrag wird ohne Widerspruch auf die Tagesordnung gesetzt, aber an den Schluß der Tagesordnung gestellt, so daß er am heutigen Tage nicht mehr zur Verhandlung gelangt.

Es folgt die namentliche Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag auf Wiedereinsetzung des Kabinetts Otto Braun in alle Rechte. In der letzten Landtagsitzung im November war das Haus bei der Abstimmung darüber beschlußunfähig geworden, weil Kommunisten und Nationalsozialisten sich an der Abstimmung nicht beteiligt hatten. Heute geben die Kommunisten Enthaltungskarten ab, wodurch der Landtag beschlußfähig ist. Der Antrag wird mit den Stimmen der Sozialdemokratie und des Zentrums bei 43 kommunistischen Enthaltungen angenommen. Nationalsozialisten und Deutschnationale haben sich wiederum an der Abstimmung nicht beteiligt.

Es folgt der sozialdemokratische Antrag, alle Regierungsmaßnahmen, die die Kommissare unter der Besetzung als preussische Staatsminister oder als preussisches Staatsministerium vorgenommen haben, für ungültig zu erklären. Hier beteiligten sich außer Nationalsozialisten und Deutschnationalen auch die Zentrumsgesandten nicht an der Abstimmung; das Haus wird also wieder beschlußunfähig. Eine neue Sitzung beginnt sofort.

Ein sozialdemokratischer Antrag, der die Personalpolitik der Kommissariatsregierung als parteipolitischen Mißbrauch der Macht und als Schädigung der Staatsfinanzen verurteilt, wird unter Stimmenthaltung der Deutschnationalen einstimmig angenommen.

Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag, der jede Reichsreform ablehnt, die Preußen schlechter stellt als die anderen Länder, wird unter Stimmenthaltung der Deutschnationalen und des Zentrums einstimmig angenommen.

Es folgt die Abstimmung über einen kommunistischen Antrag, der die Pläne, das Wahlalter auf 25 Jahre zu erhöhen, scharf verurteilt. Bei der Abstimmung enthalten sich die Nationalsozialisten der Stimme. Der Antrag wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen Zentrum und Deutschnationale angenommen.

Eine ganze Reihe von Anträgen auf Hilfe für arbeitslose und sonstige notleidende Teile der Bevölkerung werden teils angenommen, teils gegen den Widerspruch der Kommunisten den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Es folgt die Beratung eines nationalsozialistischen Antrags auf Freimachung je eines Aufsichtsratsplatzes in den staatlichen Gesellschaften Preußens und Duisburger Hafen, den jetzt die Deutschnationalen innehaben, zugunsten der Nationalsozialisten.

Abg. Dr. von Waldthausen (Dn.) legt dar, warum nach seiner Auffassung das ihm feierlich vom Landtag erteilte Mandat für diese Ausschüsse nicht erlöschend sei. Das sei sowohl die Auffassung der Staatsregierung wie der Kommissariatsregierung.

Abg. Cohn (Nat.-Soz.): Für die Ausschüsse ratslos hat der Landtag das Vorschlagsrecht. Nach der Stärke der Fraktionen steht uns der Sitz zu. Wenn man ihn uns nicht gibt, werden wir uns auf andere Weise unser Recht verschaffen. (Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Abg. Leinert (Soz.):

Wir bedauern, daß Herr Cohn nicht näher definiert hat, welche Mittel außerhalb der parlamentarischen Verhandlungen die Herren Nationalsozialisten anzuwenden gedenken, um sich in den Besitz der beiden streitigen Aufsichtsratsplätze zu setzen. (Große Heiterkeit; Zuruf: Das wird bei den jetzt schwebenden Koalitionsverhandlungen zwischen den Deutschnationalen und Nationalsozialisten mit erledigt! Erneute Heiterkeit.) Nach unserer Auffassung kann entscheidend weder die Auffassung der Regierung noch die Beschlußfassung der Generalversammlung dieser Gesellschaften sein, sondern nur das Gesetz, das das Vorschlagsrecht des Landtages festlegt und genau umgrenzt. Um zu prüfen, inwieweit der Gesetzgeber gewillt hat, daß

neben der Stärke der Fraktionen auch der Gesichtspunkt berücksichtigt werden soll, möglichst alle Fraktionen im Ausschuss vertreten zu sehen, schlagen wir Überweisung der Materie an den Geschäftsausschuss vor.

Abg. Rube (Nat.-Soz.): Wir wollen uns nicht dagegen wenden; aber für unseren Anspruch spricht klipp und klar die demokratische Logik. (Beifall bei den Nationalsozialisten. — Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag wird dem Geschäftsausschuss überwiesen.

Nach Entgegennahme einiger Ausschussberichte verlegt sich das Haus auf Donnerstag 12 Uhr: Ausschussberichte namentlich über Fragen der Kulturpolitik.

Moderner Sklavenmarkt

Redakteure zu verkaufen

Im Inseratenteil des „Berliner Tageblattes“ finden wir die folgende verlockende Anzeige:

„Alte große Tageszeitung von Welt Ruf zu verkaufen.“

Da die jetzigen Eigentümer ohne Verbesserungen sind und sich vorgerückten Alters wegen ins Privatleben zurückziehen wollen, ist die einzige Gelegenheit geboten, in den Besitz eines hochangesehenen, weltbekanntesten Verbreitung zu gelangen. Die Zeitung ist hochrentabel. Bilanzmäßig nachweisbarer und durch bewährte Buchführer bestätigter Jahresgewinn selbst in den letzten Weltkrisenjahren 400 000 bis 500 000 Goldmark.

Es kommen nur große Konzerne oder internationale Finanzgruppen als Käufer in Betracht, da der Verkaufspreis nicht nur dem tatsächlichen Ertrag, sondern auch dem hohen publizistischen Werte des Blattes als anerkanntem Weltblatt entsprechen muß. Nur seriöse Persönlichkeiten, die sich als solche durch beste Referenzen ausweisen können, kommen als Mittelsperson in Betracht. Am besten direkt Beauftragte der Konzerne, die sich um den Kauf bewerben wollen.

Zuschriften unter: „R. S. Millionenobjekt“ an Rudolf Wolff, Hamburg 36, erbeten.

Hier wird also der „hohe publizistische Wert“, den die Redakteure und Mitarbeiter durch ihr geistiges Schaffen hergestellt zu haben glauben, als Handelsware angepriesen. Mit Mann und Roß und Wagen wird der Betrieb losgeschlagen an die „internationale Finanzgruppe“ oder die „großen Konzerne“, die öffentliche Meinung kaufen möchten. Moderner Sklavenmarkt!

Der neue Marius



Hugenberg auf den Trümmern der Papenschen Notverordnungen

Mord aus Konkurrenzneid

Nazi und Oberamtsanwalt

Am 7. Dezember 1931 begegnete der nationalsozialistische Händler Schmidt in Stegers, Kreis Schlochau-Grenzamt, dem jüdischen Kaufmann Hopp. Mit dem Rufe „Hab' ich dich endlich, du verfluchter Jude!“ versetzte Schmidt dem Hopp einen Schlag in die rechte Höhegegend, so daß Hopp betäubungslos niederschlug. Der Angegriffene erlitt eine Gehirnerkütterung, das Weiden verfallene Hopp wurde nach Berlin übergeführt und ist nach langer Qual trotz einer großen Operation an den Folgen dieses Schlags gestorben.

Auf die Strafanzeige der Witwe gegen Schmidt hatte der Oberamtsanwalt in Schneidemühl, Kütte, den Mut, das Verfahren einzustellen und die unglückliche Frau auf den Weg der Privatklage zu verweisen. Auf Betreiben der Republikanischen Bekam-Berlin hat dann die Staatsanwaltschaft in Schneidemühl sich der Sache angenommen, so daß Schmidt von dem Schwurgericht in Schneidemühl nach zwei Verhandlungen vom 9. und 18. Juli 1932 zu drei Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Der Angeklagte, bei dem Termin

mit Hiltz und Hafentanz beiseite und von dem nationalsozialistischen Rechtsanwalt Fiebing aus Platom verteidigt, bestritt zwar die Tat, konnte aber durch eine Reihe von Zeugen und vor allem durch mehrere Sachverständigen einwandfrei überführt werden. Die von dem Angeklagten eingeleitete Revision hat das Reichsgericht unter dem 3. Oktober 1932 als unbegründet verworfen.

Interessant sind die Motive dieser Tat: Die Geschäfte des Angeklagten Schmidt gingen immer weiter zurück, weil er sich fast ausschließlich mit der nationalsozialistischen Propaganda beschäftigte, so daß er sogar schließlich Wohlfahrtsunterstützung in Anspruch nehmen mußte, während der überfallene Kaufmann Hopp und seine Frau, die sich allgemeiner Beliebtheit erfreuten, ruhig und unbekümmert ihren Geschäften nachgingen.

„So freßen sie, so kauften sie!“ schrieb die kommunistische „Hamburger Volkszeitung“ unter ein Bild von Ball der ausländischen Presse in Berlin. Man sah ein paar Damen und Herren an wohlgeputzten Tisch, unter ihnen, lautlich erkennbar — Frau Chintzowa, Gattin des Sowjetbotschafters in Berlin!

Unternehmerdruck auf Schleicher

Eine Rede Warmbolds — Die Einstellungsprämien bleiben

Heute will der Reichskanzler von Schleicher im Rundfunk sein Programm bekanntgeben. Ihrer Uebung getreu haben die Unternehmer gestern in einer Hauptauschussung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie auf die von Schleicher zu erwartenden Erklärungen noch einzuwirken versucht. Wie unter dem Papen-Kabinett üblich, hat auch das Schleicher-Kabinett seine beiden wichtigsten Fachminister Warmbold und Graf Krojitz zu dieser Hauptauschussung des Reichsverbandes delegiert.

Die Eröffnungsansprache hielt Krupp von Bohlen und Halbach. Er bezeichnete es als erfreulich, daß der Beratungskonferenz des Reichstages die politische Spannung der letzten Zeit erheblich gelockert habe. Nach einem Lob für Papens Wirtschaftsprogramm kam der erwartete Versuch, das neue Kabinett Schleicher festzusetzen. „Gegenüber der Regierung Schleicher sprechen wir den Wunsch aus“, so sagte Krupp von Bohlen und Halbach,

„daß sie sorgfältig darauf bedacht sein möge, die Grundlinien des Programmes Papens zu wahren, Wandelwünsche dieser oder jener Gruppe mit aller Vorsicht zu behandeln und vor allen Dingen gefährliche Kredit- und währungs-politische Experimente zu verhindern.“

Eine weitere Aufforderung an Schleicher zur Fortführung des autoritären Kurzes lag in den Worten Krupps, daß „das Steuer nicht schwankend, sondern fest, nicht im Zickzack, sondern gradlinig, nicht abhängig von Sonderwünschen der Parteien- und Interessengruppen, sondern abhängig nur von dem Blick aufs Ganze geführt wird.“ Eine Regierung, die so handle, könne der Unterstützung und aufbauenden Mitarbeit der Industrie gewiß sein.

Trotz der wirtschaftserlösenden Folgen der

gewaltigen Drosselung der öffentlichen Ausgaben forderte Krupp von Bohlen und Halbach eine neue Einschränkung der öffentlichen Ausgaben und eine neue schnelle und durchgreifende steuerliche Entlastung der Wirtschaft. Die an die Adresse der Unternehmer selbst gerichteten Ausführungen waren gerade kein Zeugnis dafür, daß die Unternehmer hinsichtlich ihrer Wirtschaftsführung ein gutes Bewußtsein hätten. Krupp sprach scharf von dem „blößen Kapitel der Subventionswirtschaft“ und gegen „jede Sozialisierung der Verluste“ (Worte kosten freilich nichts, Red.) und meinte auch, daß die Unternehmer in der Frage der Direktorengehälter selbst das Nötige tun müßten, um einem staatlichen Eingreifen in der Gehälterfrage zuvorzukommen.

Papen-Programm soll bleiben

Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold bekräftigte sich im wesentlichen auf eine Darlegung der Verbesserungsfaktoren in der Weltwirtschaft und in Deutschland. Lieber die Absichten des Schleicher-Kabinetts sprach er wenig, aber was er sagte, war bemerkenswert und ein klares Entgegenkommen gegenüber den Unternehmerwünschen.

Er sagte zu, daß Papens Wirtschaftsprogramm durchgeführt werde, und zwar nicht nur hinsichtlich der 1500 Millionen Steuergeschenke und der bisher vorgesehenen öffentlichen Arbeitsbeschaffung in Höhe von etwa 4 Milliarden, sondern auch hinsichtlich der in Steuergutschriften zu gewährenden Einstellungsprämien!

Die Lohnsubvention von 400 Mark jährlich soll also fortgezahlt werden. Dabei wurde freilich eine kleine Einschränkung gemacht. Warmbold meinte, daß sich erst ab Ende dieses Jahres überlegen lasse, in welchem Umfang die Steuergutschriften für Beschäftigungsprämien zum Zuge

kommen, weil erst dann festgestellt werden könne, ob und in welchem Umfange etwa noch eingestellte Arbeitskräfte wirklich durchgehalten werden könnten. Warmbold erklärte weiter, daß das bisherige Arbeitsbeschaffungsprogramm durch eine zusätzliche Arbeitsbeschaffung ergänzt werden soll. Es dürften dabei aber nur solche Arbeiten gefördert werden, die volkswirtschaftlich nützlich sind und aus dem Zukunftsvertrag verzinst und getilgt werden können. Die Arbeiten sollten vorzugsweise und in der Regel an Unternehmer vergeben werden, und in der Regel sollen auch nur kurzfristige Arbeiten durchgeführt werden, die man droffen und abbrehen kann, sobald die private Wirtschaft in das erstrebte größere Volumen hineingewachsen sei. Arbeitsbeschaffung dürfe nur Notmaßnahme sein und nicht zum Selbstzweck werden. Die Finanzierung müsse in einer Form erfolgen, die in keiner Weise die Währung gefährden darf. Innerwirtschaftlich seien die Probleme der Kommunalfinanzen und der Bilanzbereinigung vordringlicher Natur, vor allem aber sei Rückkehr des Vertrauens und der Ruhe erforderlich.

Auch der Reichsfinanzminister, Graf Schöner von Krojitz, sagte nur, was den Unternehmern angenehm war. Die Unternehmer haben sicher gerne gehört, daß der Reichsfinanzminister des Schleicher-Kabinetts seinen Vorgängern den Vorwurf machte, daß sie während der guten Zeit keine Reserven angeammelt hätten, und daß sich das jetzt räche, wo in den Etats von Reich, Ländern und Gemeinden eine Verschlechterung von rund 10 Milliarden Mark zu verzeichnen sei. Trotzdem meinte der Reichsfinanzminister lauthin, daß es nicht leichtfertig gewagt sei, den Weg der Vorbelastung kommender Etats durch die Gewährung von Steuergutschriften zu gehen, da es sich bei dieser Vorbelastung ja nur um 300 bis 500 Millionen Mark pro Jahr handle. Immer wieder muß man den Optimismus dieses Reichsfinanzministers bewundern!

Schmuggel an der Westgrenze

Fortgesetzter Kampf mit den Zollbehörden

Die Zollbehörde verkündet in Zusammenkünften mit der Presse, daß sie dem Schmuggel an der Gurgel sitze. Aber es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht die Zeitungen zwischen Aachen und Dortmund und zwischen Emmerich und Köln von Aufgriffen von Schmugglern, Beschlagnahmen von Schmuggelware oder gar von blutigen Zusammenstößen und Feuergefechten mit Panzerautos der Großschmuggler berichten.

Die Zollbehörde hat den Grenzschutz verstärkt und die Verstärkung aus den ausgebildeten Soldaten der Reichswehr rekrutiert. Auf jedem Grenzkiometer kommen jetzt schon 5 bis 7, an manchen besonders gefährdeten Stellen sogar noch mehr Zöllner. Dieses kleine Armeekorps zwischen Kaldenherberg—Kaltenkirchen—Graesdort—Emmerich ist mit den modernsten technischen Hilfsmitteln ausgerüstet vorzüglich bewaffnet und motorisiert. Im Hinterland, sozusagen in der Etappe, sind alle Rheinbrücken und Rheinfähren mit Posten besetzt. Ein ganzes Heer von Agenten arbeitet im Dienste der Zolljagd. Und doch lassen die monatlich herausgegebenen Bulletins der Landesfinanzämter kaum eine Abnahme der beschlagnahmten Schmuggelwaren und Aufgriffe erkennen. 15 000 Aufgriffe im Monat sind keine Seltenheit. Tabak wird häufig auf Lastautos gleich zentnerweise beschlagnahmt. Hinzu kommen Riesmengen von Zigaretten, Zigarettenpapier, Kaffee, Kakao, Schokolade, Getreide und Mülleierzeugnisse. Duzende Autos und hunderte Fahrräder, mit denen Schmuggelware transportiert worden ist, verfallen jeden Monat der Beschlagnahme. Auch diese Tatsachen tun dem Schmuggel keinen Abbruch. Die Verluste werden von Banden in die große Rechnung ein kalkuliert. Und für die zahllosen Schmuggler, die von den Gerichten mit Freiheitsstrafen belegt werden, liefert die Riesenarmee der Erwerbslosen im Ruhrgebiet schnellen und billigen Ersatz.

Die Zoll-Milchmädchenrechnung

Die Zollbehörde macht die Milchmädchenrechnung auf, daß dem Staat durch den Schmuggel Riesensummen an Zoll entzogen werden. 20 holländische Turmac-Zigaretten, die unverzollt für 40 Pf. nach Deutschland gebracht werden, würden verzollt und versteuert 9,70 Mark. Folsin, 30 Gramm Tabak, der für 40 Pf. eingeschmuggelt wird, 15,20 Mark, ein Zentner Weizen, eingeschmuggelt für 6,50 Mark, 19,50 Mark und ein Zentner Weizenmehl, heimlich über die Grenze geschafft für 8 Mark, verzollt und versteuert 30 Mark. Die Schmuggler verdienen natürlich nicht die großen Differenzsummen. Kein Mensch würde diese Schmuggelware kaufen, weil sie viel zu teuer wäre. Hunger nach Waren, die billiger sind als die deutschen, treiben dem Schmuggel immer wieder Käufer zu.

Ran hat an der deutsch-holländischen Grenze heute aus dem Dortmunder Industriegebiet beim Schmuggel festgestellt. Sie machten die weite Reise zu Fuß, ließen sich unterwegs von Lastautos Streckenweise mitnehmen und tippelten weiter. Sie hatten ja Zeit. Und wenn die Grenze allzusehr bewacht ist, so gibt es in fast allen Schmuggelbündendörfern Unterkunfts räume, in denen die Schmuggler warten können, bis Agenten der großen Banden die Zöllner durch mannigfache Manöver abgelenkt und Kundschafter gemeldet haben, daß die „Luft rein“ ist. Auf „Leisetretern“ — Leinenschuh mit diesen Kordelsohlen —, die schweren Schmuggelpack auf dem

Rücken, rast dann die Bande los. Kleine Trupps und Einzelschmuggler hängen sich an. Ein wildes Wettrennen über die Grenze beginnt. Die Zöllner, wenn sie wirklich doch noch kommen sollten, können ja immer nur wenige festnehmen. Dem Rest gelingt es meist, durch den gefährlichen Grenzbezirk zu kommen, in dem die Zöllner, wenn auf ihren Anruf nicht gehalten wird, schießen dürfen. Manchmal rast auch die gleiche Bande wieder zurück über die Grenze und wartet wieder tagelang, um dann von neuem den Durchbruch zu versuchen.

Die Schmuggelbündendörfer sind an der ganzen holländisch-deutschen Grenze wie Pilze nach dem Regen aus der Erde geschossen. Manche, wie das am Rheinweg, haben sich bereits eigene Schulen gebaut. Die deutsche Grenzbevölkerung steht begreiflicherweise mit den Zöllnern nicht auf gutem Fuße. Es gehört zu den Dienstvorschriften, daß sich die Zöllner auf den allernotwendigsten

Kinder helfen Kindern!

Besucht die Ausstellung der Kinderfreunde im Metallarbeiterhaus von 10—22 Uhr.

Verkehr mit den Bewohnern beschränken müssen. Es gibt nicht selten Tote in dem Kleinkrieg. Und als die Bevölkerung eines Dorfes, nachdem ein Einwohner beim Schmuggeln erschossen worden war, kürzlich mit umförmigen Fahnen vor die Zöllnerfiedlung zog, dort von einer Kapelle das Lied „Ich haif einen Kameraden“ spielen ließ, brachte sie deutlich ihre Antipathie gegen die Grünröde zum Ausdruck. Häufig kommt es vor, daß aus dem Dunkel der Nacht plötzlich ein Steinbombardement gegen Zollbeamte, die im Städtchen eine Beförderung gemacht haben, einsetzt. Und es ist sogar vorgekommen, daß das Haus eines Zollbeamten angezündet wurde. In Graesdort, wo zwischen dem Zollamt und einer holländischen Schmugglerneipe die neutrale, weder Deutschland noch Holland gehörende Landstraße läuft, — 600 Meter lang ist dieses Stück Niemandsland — wiederholt von Schmugglern auf das Zollhaus geschossen worden. Am tollsten aber

Stadtratskandidaten

Erste Sichtung der Bewerbungen

In der Sitzung des Wahlausschusses für die drei Stadträte im Magistrat wurde die erste Sichtung der eingegangenen 148 Bewerbungen vorgenommen. Die meisten dieser Bewerbungen sind mit 78 für das Dezernat der Wohlfahrt eingereicht worden, denen sich 25 für das Tiefbauwesen und 33 für das Verkehrsweisen anschließten.

Außerdem sind noch 12 allgemein gehaltene Bewerbungen eingegangen und zwei Bewerbungen, die fristgemäß nicht zur rechten Zeit eingetroffen sind. Der Ausschuh beriet heute zunächst über die für die Wohlfahrt vorliegenden Bewerbungsschreiben, ohne zu einer engeren Auswahl zu kommen. Unter den Bewerbern sind auch solche

sind die Kämpfe mit den häufig gepanzerten Autos der Großschmuggler. Diese Großschmuggler sind meist flüchtige Deutsche, denen in Deutschland der Boden unter den Füßen zu heiß wurde. Sie organisieren von den Städten des holländischen Hinterlandes aus den Großschmuggel. Der berüchtigte dieser Großschmuggler war der vor kurzem bei Düsseldorf beim Waffenschmuggel nach einem Feuergefecht festgenommene frühere Stempelschloffer Fritz Symanski aus Buppertal, der den in seinen Kreisen ehrenvollen Spitznamen „Al Capone des Westens“ trug.

Kleinkrieg mit List

Die Hauptwaffe dieses Kleinkriegs ist die List. Erst vor wenigen Tagen fiel es einem Zöllner auf, daß auf einem Fließchen das Hochwasser hatte, von Holland herüber auffallend viele Waschzuber geschommen kamen. Er suchte einen auf und fand darin Getreide. Unmittelbar darauf kam kein Waschzuber mehr angeschommen. So hervorragend funktioniert der Meldebienst der Schmuggler. Ein andermal fiel einem Zöllner auf, daß das Pferd eines Sträleners Bauern, der seine Felder auf holländischem Gebiet bestellte, heimwärts immer schwerer an einer Aderwalze zog, als wenn es über die Grenze nach Holland ging. Er untersuchte die Walze, fand einen sauber gearbeiteten Verschluß und in dem Hohlraum zwei Zentner Mais. Ein Agent der Zöllner sah in einer Prozeffion, die von Holland nach der wunderbaren Mutter Gottes in Kevelar zog, viele bekannte Schmugglergesichter. Die Prozeffion sollte nicht gestört werden. Darum gingen Zöllner in Zivil an die Verdächtigen heran, zeigten unauffällig ihre Ausweise und zogen den „frommen Pilgern“, die fingen ihre Rosenkränze abbeteten, das Schmuggelgut aus der Tasche. Wieder ein andermal brachte eine fröhliche Taufgesellschaft einen neuen Erdenbürger mit Rüst nach Kevelar, um den Segen der wunderbaren Mutter Gottes auf sein Haupt zu erleben. Bei näherer Betrachtung war der Täuffling eine Puppe. Im prallen Stekkissen waren Zigaretten und in den meisten Trompeten, vor allem den dicken Bass-trompeten der Ruffanten, Kaffee.

Das sind einige von vielen Listen, die entdeckt wurden. Aber die Phantasie der Schmuggler ist unergründlich. Bisher haben alle Abwehrmaßnahmen der Zöllner nur neue Methoden der Schmuggler hervorgerufen.

vertreten, die von vornherein aussichtslos sind, aber eines gewissen Humors durch ihre Begründung nicht entbehren. So hat sich ein Raurerpolier um das Wohlfahrtsministerium beworben, und ein Konkurrent von ihm weist darauf hin, daß er selbst lange genug arbeitslos sei und das Wohlfahrtsweisen eingehend kennengelernt habe.

Sich selbst angeschossen?

In das Lazaruskrankenhaus in der Bernauer Straße im Norden Berlins wurde gestern ein 18 Jahre alter Rationalsozialist mit einer Schußverletzung eingeliefert. Der Verletzte verweigerte zunächst alle Angaben, behauptete dann aber plötzlich, daß er von Kommunisten angeschossen worden sei. Er hat aber Drin-

gend, daß über den Vorfall nichts in die Zeitung kommen möge. Nach seinen Angaben will der Hakenkreuzler keine Verletzung an der Ecke Artillerie- und Köppler Straße erhalten haben. Bisher konnte noch nicht einmal festgestellt werden, wer den Angeholfenen überhaupt ins Krankenhaus transportiert hat. Es wird vermutet, daß sich der Rationalsozialist beim unvorsichtigen Hortieren mit einer Waffe selbst verletzt hat oder von Gefinnungsfeunden aus Versehen angeschossen wurde.

Berlins Sparerlaß

Leichte Milderung

Der letzte Sparerlaß der Berliner Finanzverwaltung, der auch in der Stadtordnungsversammlung zu einer lebhaften Aussprache führte, hatte die Mittel für die städtische Wirtschaft in den nächsten sechs Monaten fast vollständig beschränkt, um die Lohn- und Unterhaltungszahlungen sicherzustellen. Da nun aber Fälle eintreten können, wo bauliche Instandsetzungsarbeiten ohne Verzug ausgeführt werden müssen, hat der Oberbürgermeister jetzt den Sparerlaß der Finanzverwaltung etwas gemildert.

Sind bei plötzlich eintretender Gefahr, so heißt es in der Verfügung, sofortige bautechnische oder auch sonstige Maßnahmen notwendig, um eine etwaige Lebensgefahr oder die Vergrößerung eines Schadens abzuwenden, und läßt sich in diesen Fällen die vorgeschriebene vorherige Genehmigung der Haushaltsüberreicherungen nicht rechtzeitig einholen, so erklärt sich der Oberbürgermeister ausnahmsweise einverstanden, daß die nötigen Arbeiten zunächst mit den geringsten Mitteln ausgeführt werden. An diese Bewilligung ist aber die Bedingung geknüpft, daß mit einem sofortigen Bericht die Genehmigung zu den Haushaltsüberreicherungen nachträglich eingeholt wird.

Die Tunnelkatastrophe

Schuld des Einmannsystems?

Bern, 14. Dezember.

Die Mittwochsjitzung der schweizerischen Bundesversammlung gestaltete sich zu einer Beileidigung für die Toten des Eisenbahnunglücks von Luzern. Bundesrat Pilet, der Leiter des Verkehrsdepartements, berichtete über das Unglück und führte dabei u. a. aus, über die Ursache des Unglücks könne noch nicht viel gesagt werden. Sicher sei, daß der Zugführer des einmännigen Zuges das Signal überfahren habe. Warum, das werde wohl nie aufgeklärt werden können, weil der Zugführer ums Leben gekommen sei.

Im Verlaufe der Aussprache wies der Sekretär der Transportarbeiterorganisation, der Sozialdemokrat Bratschi, darauf hin, daß bei dem Personal seit Jahren schon Unzufriedenheit bestehe wegen der Gefahren des Einmannsystems. Beide Lokomotiven seien nur mit einem Maschinisten besetzt gewesen. Er sprach die Hoffnung aus, daß das Unglück Anlaß gebe, die Frage des Einmannsystems nochmals genau zu überprüfen. Bundesrat Pilet erwiderte, daß man sich hüten müsse, voreilige Schlüsse über das Einmannsystem zu ziehen. Ob dieses irgendwie schuld an dem Unglück sei, könne nur die Untersuchung ergeben. Es seien auch Erhebungen darüber im Gange, in welchem körperlichen Zustande sich die beiden Lokomotivführer vor Eintritt ihrer Unglücksfahrt befunden hätten.



... Der Schuh hat's in sich!

nämlich: SALAMANDER-QUALITÄT, SALAMANDER-PASSFORM und alle besonderen Hilfsmittel, die der schwache oder empfindliche Fuß braucht. Dabei sieht er elegant aus wie jeder andere Salamander.

SALAMANDER FUSSARZT



12⁵⁰ 15⁵⁰

Von Patentamt und Patenten

Wie werden Erfindungen geschützt?

Der Verband Deutscher Patentanwälte im Verein mit dem Präsidenten des Reichspatentamts hatte zu einer Besichtigung dieses umfangreichen Amtes und seiner Einrichtungen geladen. Bedenkt man, daß zu einer Wanderung durch alle Räume Korridore von fast 8 Kilometer Länge durchschritten werden müssen, so ist klar, daß nur ein kleiner Teil der Einrichtungen in Augenschein genommen werden konnte.

Im Jahre 1930 kamen 78 000 Erfindungen zur Anmeldung, 1931 sank die Zahl auf 72 000, und in diesem Krisenjahr werden es 62 000 sein, doch kommen dazu noch ebenso viele Gebrauchsmuster- und Warenzeicheneintragungen und etwa 100 000 ausländische Patente. Am einfachsten gestaltet sich die Gebrauchsmustereintragung, deren Zweck es eigentümlicherweise ist, den Gebrauch des eingetragenen Modells zu verhindern. Das Patentamt hat hierbei nichts weiter zu tun, als die Anmeldung entgegenzunehmen und ohne jede Prüfung zu registrieren. Daraus ergeben sich Inzusträglichkeiten, die ja in jüngster Zeit zu ganz unberechtigten Angriffen auf das Patentamt geführt haben, weil es durch die Eintragung die Anbringung von einfachen Kreisen an Autos verhindert oder nur gegen Zahlung einer Gebühr an eine bestimmte Person ermöglicht habe. Das Patentamt muß aber jede derartige Anmeldung eintragen. Um solche Dinge zu verhindern, muß eben das Gesetz geändert werden, was auch schon

seit längerer Zeit ins Auge gefaßt ist. Doch konnte wegen der politischen Verhältnisse der Entwurf dem Reichstag noch nicht erledigt werden.

Prüfung der Anträge

Ganz anders ist es bei der Erteilung von Patenten. Eine solche wird erteilt „auf neue Erfindungen, die gewerblich verwertbar sind“. Und als neu gilt eine Erfindung nur, „wenn sie nicht bereits in öffentlichen Druckchriften der letzten hundert Jahre beschrieben ist“. Man erkennt sofort, welche ungeheure Arbeit die Prüfung auf Neuheit und gewerbliche Verwertbarkeit verursacht. Es sind dazu die verschiedenen technischen Gegenstände in 89 Hauptklassen mit 300 Unterklassen und 10 000 Gruppen eingeteilt, und 350 Prüfungsstellen sind mit der Prüfung der täglich zur Anmeldung beantragten Erfindungen beschäftigt. Natürlich müssen dabei auch die Druckchriften der letzten hundert Jahre studiert werden, und man kann sich denken, welche ungeheure Bibliothek und welche riesiger Zeitschriftensaal den Prüfern zur Verfügung stehen muß. Allein in der Patentschriftenabteilung befinden sich 8 Millionen Schriften aus aller Herren Länder. Oft brauchen die Prüfer einzelne wichtige Abschnitte aus Zeitschriften, Patentschriften und Büchern. Um diese nicht abzuschreiben zu müssen, was viel Zeit in Anspruch nehmen würde, ist eine Lichtbildstelle

vorhanden, in der solche Abschnitte in einem Zeitraum von 9 bis 10 Minuten photographiert werden.

Erfinder werden häufig von sogenannten Bewertungsfirmen angegangen, ihnen ihre Erfindung zur Bewertung zu übergeben, wobei zunächst auch die Einlegung eines entsprechenden Honorars verlangt wird. Die Erfinder können nicht nachdrücklich genug davor gewarnt werden, auf derartige Angebote einzugehen, und vor allem sollen sie solchen Firmen kein Geld einsenden. Es ist noch lange nicht genügend bekannt, daß das Patentamt eine kostenlose Beratungsstelle eingerichtet hat und daß der Verband der Patentanwälte eine ebenfalls kostenlose Auskunftstelle in den Räumen des Patentamts unterhält, deren Benutzung die Erfinder vor mancher Enttäuschung und materiellen Einbußen bewahren kann. So klagen denn auch die bei der Besichtigung angefragten Erläuterungen des Präsidenten des Patentamts, Herrn Eysler, des Vorsitzenden des Verbandes der Patentanwälte Dr. Breitung und des Leiters ihrer Pressestelle Dr. Blohn in dem Wunsch nach einem stärkeren Zusammenwirken dieser Organisationen mit der Presse aus. Die Unterrichtung des Publikums über die Vorgänge im Patentwesen ist äußerst wichtig, denn hier handelt es sich um wertvolle in die zukünftige Entwicklung weisende Ergebnisse, die spätestens in 18 Jahren in den Besitz der Allgemeinheit übergehen.

Das Neueste läßt sich sehen

Oder: Erleichtere dir das Leben

Wer neues auf den Weihnachtsmarkt bringt, kann noch einigen Verkaufserfolg haben; alte, längst bekannte Dinge, auch wenn sie früher einmal noch so sensationell waren, finden keinen Käufer mehr. Am Zoo in der Hardenbergstraße hat sich ein ganzer Laden mit „Neuestem, Aller-neuestem“ aufgetan.

Wer hat sich noch nicht geärgert, wenn er beim Telefonieren die eine Hand für den Hörer braucht und mit der anderen notwendige Notizen machen muß; das Blatt Papier rutschte hin und her. Jetzt gibt es einen Halter, der auf dem Tisch steht, den Hörer aufnimmt und durch Federdruck die Hörmuschel fest gegen das Ohr drückt. Noch größere Freude wird ein automatischer Anrufhörer bringen. Ein Kasten in Zigarrenkistengröße ist an den Telefonapparat angeschlossen; in einer Mittelspalte läßt sich ein Schieber bewegen, den man auf den gewünschten Anrufhörer hinbewegt. Nichts weiter, kein Scheidreiben, kein Amtverlangen mehr. Ein Druck auf die Taste und schon spricht man mit Tante Gulalia oder dem Kaufmann Kieffewetter.

Wer bei Finsternis mit einer Taschenlampe oder einem Licht irgendetwas suchen muß, hat auch nur eine Hand frei. Da hat nun jemand die

„Leuchtenden Augen“ konstruiert. Eine schwache Leuchtmetallröhre enthält zwei Glühbirnen, die aus einer kleinen Taschenbatterie gespeist werden. Die Röhre setzt man wie eine Brille auf, Bügel halten sie hinter den Ohren fest, der Steg auf der Nase hält die Röhre in Höhe der Augenbrauen, so daß man unter dem kleinen Apparat hinweg sehen kann. Das Licht der Birnen fällt stets in die Blickrichtung, weil man mit dem Kopf auch den Apparat bewegt, zudem sind beide Hände für allerlei Vorrichtungen frei. Kerze werden sich für Augen-, Ohren- und Halsunterkühlungen dieser leuchtenden Augen sehr wohl bedienen können, zumal der Anschaffungspreis den einer guten Taschenlampe kaum übersteigt. Das elektrische Feuerzeug, das 5000 Zündungen aus einer Batterie gibt, sollte auch Liebhaber finden. Wer etwa noch Geld und Verschleiß besorgen sollte, muß sich die diebstahlsichere Kassette anschaffen, die bei der geringsten unbefugten Berührung einen Höllenlärm verursacht, so daß das Ueberfallkommando von selbst kommt, oder wer nichts mehr sein eigen nennt, kann den letzten Rest von Hoffnung mit einer neuerfindenen Bürste forschieben, die in ihrem Innern alle chemischen Ingredienzien zur Herstellung einer federtosen Oberfläche des elenden Daseins enthält.

ist ein Betrag von 25 000 Mark, den er aus den Kassen für seine Privat Zwecke verschwinden ließ. In der Verhandlung wurde u. a. ein Brief dieses Betrügers vorgelesen, den er an die Nazifraktion des Reichstags geschrieben hat, in dem er seine Parteifreunde auffordert, dahin zu wirken, daß die Amnestie auf alle Straftaten ausgedehnt werde. In ihrer Antwort schrieb die Nazifraktion, sie habe diese Anregung in Arbeit gegeben. Ein Zeichen, daß sie auch Weissenhöfer nicht abschüttelt, sondern trotz seiner Betrügereien deckt. Das Urteil steht noch aus.

Unter Felsen begraben

Elf Todesopfer

Madrid, 14. Dezember.

Bei Alcala de Jucar (Provinz Alacete) haben sich durch die anhaltenden Regengüsse in der letzten Zeit große Gesteinsmassen gelockert, die in die Häuser zum Einsturz brachten, dabei wurden elf Personen getötet und vierzehn schwer verletzt.

Automatenzauber

Schokolade- und Süßigkeitsautomaten waren schon seit jeder das Entzücken der Kinder. Ritterweise hat man sich auch daran gewöhnt, Zigaretten, Streichhölzer, Toilettenartikel und Zeitungen für einen oder mehrere Groschen aus den selbsttätigen Apparaten zu ziehen. Aber die Erfinder und Techniker arbeiten weiter, und schon heute werden in den Spezialfabriken die verschiedensten Automaten für alle möglichen Dinge hergestellt.

Eine unbedingte Neuheit ist der Sparautomat, der allerdings in den jetzigen Zeiten kaum populär werden dürfte. Aber dieser Kasten, der im unteren Teil einen sicheren Kassenschrank enthält und für jeden Einwurf eine Quittung erteilt, kann auch auf Postämtern usw. für Einzahlungen benutzt werden. Weiter gibt es schon einen diebstahlsicheren Garderobenautomat, der für 10 P. einen Schlüssel ausleiht, mit dem man die vorher festgeklemmten Mäntel, Hüte und Spazierstöcke wieder herausnehmen kann. Spezialverkaufsapparate sind für Schallplatten, Rollfilme, Obst und alle anderen Artikel des täglichen Bedarfs vorhanden. Der Schlagher aber ist: Jedem sein eigenes Horoskop automatisch für 10 deutsche Reichspennie. Man stellt nur an einer großen Skala sein genaues Geburtsdatum ein und erhält nun sein Lebensschicksal inklusive Ehe- und Geschäftsaussichten mit den Glückstagen nach Sternbildern geordnet vorgelegt. Alle diese Apparate schlummern vorläufig noch in den Hallen der Fabriken. Der Ausstellung stellen sich gelegentliche Bestimmungen und Widerstände der interessierten Verbände entgegen. So wird besonders von den Einzelhandelskreisen und von den Angestelltenorganisationen betont, daß diese neuen Maschinen das regelrechte Gewerbe und das Verkaufspersonal schädigen müßten.

In einer Besprechung mit den Vertretern der in Frage kommenden Ministerien und der Presse hat nun die Automatenfabrikation, die hauptsächlich in Händen der Firma Ade liegt, versucht, diese Bedenken zu zerstreuen. Es wurde insbesondere betont, daß die Automaten den Einzelhandelsbetrieben keinen Abbruch tun sollen, sondern im Gegenteil ihren Umsatz erhöhen können. Wenn zum Beispiel nach Ladenschluß und an Sonntagen ein Automat vor der Tür steht, so

könnten damit mühelos zulässige Verkäufe erreicht werden, die sonst diesen Betrieben verweigert gäben. Es würde dadurch auch nicht das Verkaufspersonal geschädigt, das während dieser Zeit ja sowieso nicht tätig ist. Die Automatenfabriken wollen sich verpflichten, ihre Automaten nur an die Ladengeschäfte selbst zu liefern und keinen Betrieb durch Großunternehmungen zulassen, falls der Verkauf nach 7 Uhr abends und Sonntags genehmigt wird.

Frauenmord bei Potsdam

In der Parforceheide erdrosselt

In der Parforceheide bei Nowawes zwischen der Lellower und Steinstraße wurde in den letzten späten Nachmittagsstunden ein schweres Verbrechen entdeckt. Am Rande einer Schonung wurde von einem Magistratsangestellten aus Nowawes die Leiche einer Frau entdeckt. Allem Anschein nach ist an der bisher unbekanntem etwa 30 Jahre alten Frau ein Sittlichkeitsverbrechen verübt worden.

In wenig Worten

An der Ecke Weissenburger und Treptowstraße ereignete sich gestern ein schwerer Unfall. Mit seinem Fahrrad wurde auf der Straßenecke der 17 Jahre alte Hausdiener S., der bei einer Konfektfabrik in der Kopenikusstraße beschäftigt ist, von einem Traktor erfasst und überfahren. Die Räder des schweren Fahrzeugs gingen so unglücklich über den jungen Mann hinweg, daß der Tod bereits auf dem Transport zur nächsten Rettungsstelle eintrat.

Einen entsetzlichen Tod fand der 43jährige Renteneinpänger Michael K. aus der Eynarstraße in Spandau. K. hatte aus einer Bierflasche getrunken, in der Annahme, daß sie Bier enthalte. Wenige Minuten später brach K. unter schmerzhaften Schmerzen zusammen. In der Flasche war Salzsäure, und trotz sofortiger Ueberführung in das Spandauer Krankenhaus konnte der Mann nicht mehr gerettet werden. Er starb an inneren Verbrennungen.

Im Laufe des Monats November sind auf den früheren Schlachtfeldern in Nordfrankreich 241 Soldatenleichen gefunden worden, darunter 196 Bezeichnungen von deutschen Soldaten.

Das Schwurgericht Torgau verurteilte den 23jährigen Schmiedegesellen Berndt und den 24jährigen Arbeiter Bieghöfer wegen Ermordung des 33jährigen Arbeiters Otto Thieme zum Tode. Wegen Anstiftung des Verbrechens wurde gegen die Mutter des Ermordeten gleichfalls ein Todesurteil gefällt.

In Witten hat sich der ehemalige Fremdenlegationär Bernhard Mehring, der von mehreren Staatsanwaltschaften gesucht wurde, als Untersuchungsgefangener selbst gefasst, indem er sich einen Kopiertisch in beide Augen bohrt. Er wurde zunächst in eine Klinik übergeführt. Die Verletzungen Mehrings sind so schwer, daß er wohl beide Augen verlieren wird.

Der chinesische Diplomat Tschu-Tschang-hin, der früher Gesandtschaftsträger in London war, ist nach einem Essen in Kanton plötzlich gestorben. Bei diesem Essen wurden Schnecken serviert, und man vermutet, daß der Tod des chinesischen Diplomaten auf Schneckenvergiftung zurückzuführen ist.

Effekten und Liebe

In einem Devisenschieberprozeß

So verschiedene Dinge Geld und Liebe sind, so führen doch tausend Fäden hinüber und herüber... In einer Verhandlung wegen Verstoßes gegen die Devisenverordnung sah neulich auf der Anklagebank eine 34jährige Frau B., schmal, zierlich — eine Wienerin. Ihr Mann war im Jahre 1929 auf rätselhafter Weise in den Bergen ums Leben gekommen. Man vermutete ein Verbrechen, man sprach von Mord, es blieb beim Unglücksfall.

Frau B. war nun Witwe, sie war frei, ihre Beziehungen zu dem Bankprokuristen A. brauchte sie nicht mehr vor ihrem Namen und vor der Welt zu verbergen. Vielleicht sah sie schon damals das mögliche Ende dieses „illegitimen“ Verhältnisses voraus; jedenfalls sicherte sie sich: man vereinbarte, daß sie für den Fall der Trennung eine Abfindungssumme in Höhe von 80 000 Schilling erhalten sollte. Und dann war es eines Tages wirklich aus, Frau B., jetzt doppelt verwitwet, siedelte nach Berlin über. Sie studierte hier Kunstgeschichte, erhielt Beschäftigung in einer Kunsthandlung; diese machte Peite, Frau B. war arbeitslos und lebte von Erwerbslosenunterstützung. Jetzt erinnerte sie sich an die Vereinbarung mit dem Bankprokuristen. Ihr Anwalt setzte sich mit diesem in Verbindung, er ließ sich nicht lumpen, hielt zu seinem Wort und schickte seiner früheren Freundin Effekten im Nominalwert von 87 000 Mark. Frau B. veräußerte sie auf Konten ihrer Bekannten für 30 000 Mark. Weshalb nicht auf ihren eigenen Namen? Ihr neuer Freund, ein Dr. K., sollte nichts davon wissen, sagte sie. Vielleicht lagen die Dinge aber anders. Vielleicht mußte sie, daß sie etwas Gefährliches zu begeben beabsichtigte. Denn eines Tages erschien ihr früherer Freund, der Bankprokurist, in Berlin, er brauchte Geld und erhielt von Frau B. 5 000 Mark aus

dem Erlös der Effekten. Er war Ausländer. Weder durfte er das Geld entgegennehmen, noch Frau B. es ihm geben; es gehörte auf ein Sperrkonto. Die allwissende Zollabfertigungsstelle kam dahinter. Frau B. wurde festgesetzt. Herr K. war nicht zu finden. Wohl aber rief er den Anwalt der Frau B. an. Er versprach, die 15 000 Mark zurückzugeben, sich der Polizei zu stellen, zog es aber schließlich vor zu verschwinden. Auch aus Wien telephonierte er mit dem Anwalt, er versprach zumindest eine Hastkaution für Frau B. zu stellen, schrieb später Briefe aus Zürich, schickte aber keinen Pfennig — nur eine wertlose Bestätigung, daß er von Frau B. 15 000 Mark als Darlehen erhalten habe.

Das Gericht verurteilte die zierliche Wienerin mit den gewagten Effektenverkäufen zu einer im Monat Gefängnis und 1500 Mark Geldstrafe. Zehn Tage der Untersuchungshaft wurden angerechnet, auf die restlichen 20 Tage wurde ihr eine Bewährungsfrist zugesprochen. Frau B. wurde aber von dem aus dem Kunster-Prozeß bekannten Affessor K. u. h. man verteidigt, dem ehemaligen strammen Deutschnationalen, der dem verurteilten Herrn Knoll das Material für den Kunster-Standal verschafft hat.

Herrn K. u. h. in der Rolle eines Verteidigers in einem jüdischen Devisenschieberprozeß wird man nicht so leicht aus dem Gedächtnis verlieren.

Wieder Nazi-Betrüger!

Die Strafkammer in Hagen verhandelt seit einigen Tagen gegen den Nazimann und Amtsentmeister Gustav Weissenhöfer wegen Amtsunterschlagung, Betrug und Urkundenfälschung.

Weissenhöfer verwaltete die Kassen von sieben Gemeinden und drei Kirchengemeinden des Kreises Westhofen und plünderte sie. Festgestellt

Man merke sich:
EIN WEIHNACHTSLOS 50 PF.
ODER
EIN GLÜCKSBRIEF 10 LOSE 5 RM.
20 LOSE 10 RM.
GEWINNE IM WERTE VON
450 000 RM.
ZIEHUNG: 20 u. 21. DEZ. 1932
ARBEITER-WOHLFAHRT

Lose zu haben: Bei den Kreisleiterinnen der Arbeiterwohlfahrt, Verkaufsstellen der Konsum-Genossenschaft, Vorwärtsfilialen, Wertheim, Singer und Hermann Tietz

In bester zentraler Lage am
Belle-Alliance-Platz 7-8
3 Zimmer und Küche
6 1/2 " mit Zubehör
8 " " "
sofort preiswert zu vermieten, evtl. auch als Büroräume. Anfragen erbeten an die Hausverwaltung der
LINDENHAUS A.-G.
Berlin SW 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: A 7, Dönhoff 5190/95.

Handelspolitische Generalprobe

Berlin und Paris vor schweren Entscheidungen

Die deutsch-französischen Besprechungen, die Ende November in Berlin wegen einer Reform des Handelsvertrages eingeleitet wurden, sind von hoher Bedeutung. Es geht hierbei nicht nur um die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen, die sich unter dem vor fünf Jahren abgeschlossenen Handelsvertrag gut eingepflegt haben, sondern es stehen Entscheidungen für die Zukunft der europäischen Handelspolitik auf dem Spiele.

Es handelt sich bei den französischen Forderungen um eine völlige Neuorientierung der Handelspolitik, bei der mit dem System der allgemeinen Meißbegünstigung gebrochen werden soll.

Auf dieser Linie liegt die Forderung: „Los von den Tarifbindungen!“, die vor dem Beginn der Berliner Verhandlungen in Frankreich erhoben wurde und der sogar der Leiter der französischen Delegation, Elbel, öffentlich Ausdruck verlieh. Mit der Lösung der rund 5000 Tarifbindungen gegenüber Deutschland, das sind etwa 72 Proz. des französischen Zolltarifplanes, will Frankreich den Weg zu einer Zollautonomie, die es in der Zeit vor dem Kriege befehlen hatte, frei machen.

Die Pleite der Kontingente

Die Anregung zu den Verhandlungen war von Frankreich ausgegangen. Sie entsprang der Erkenntnis der Regierung Herriot, daß das System der Kontingente restlos zusammengebrochen sei. Frankreich hatte unter der Vera Laan und Tardieu dieses verhängnisvolle System rigoros eingeführt, auf mehr als 1100 Zollpositionen angewandt, so daß nahezu ein Sechstel des französischen Zolltarifplanes der Kontingentierung unterstand. Das Ziel dieser noch durch hohe Zollmauern gestützten Politik war, die Weltmärkte mit ihrem Preisverfall von der Konjunkturlinse Frankreich abzusperren. Die Absperrung Frankreichs von der Welt hat aber ein Ueberbringen der Krise nicht verhindern können. Im Gegenteil, die Krisenwelle hat von der „Konjunkturlinse Frankreich“ unter dem System der Kontingente weit größere Gebiete überflutet, als dies bei einer liberalen Zoll- und Währungs politik der Fall gewesen wäre. Frankreich zählt heute zu den teuersten Ländern der Erde.

Das durch den Goldüberfluß und die Anhäufung unverwendeter Kapitalien auf einen unnatürlich hohen Stand getriebene Preisniveau erstarrte bei sinkenden Weltpreisen auf dieser Höhe vollständig. Die Folge war, daß die teuren Herstellungskosten im Lande die Exportfähigkeit der französischen Industrie zusehends untergruben.

Wie Frankreich planmäßig seine Devisenbilanz durch die Anhäufung von etwa neun Milliarden Gold zerstückte, so zerstückte es seine Handelsbilanz durch die Kontingente.

Zwar hat Frankreich seinen Einfuhrüberschuß im Verlauf der ersten neun Monate dieses Jahres um etwa 1,4 Milliarden Franken gegenüber dem Vorjahr herabdrücken können, aber darin ist durchaus noch nicht ein günstiges Zeichen zu sehen. Bisher hat die Schrumpfung des Exports die Droßelung der Einfuhr immer noch eingeholt und weder die Handelsbilanz noch die Zahlungsbilanz Frankreichs werden sich bessern, solange der hohe Preisstand und der ungenutzte Kapitalreichtum die Waren des devisenhungrigen Auslandes mit magnetischer Kraft anziehen.

Protektionismus wider besseres Wissen

Die Erkenntnis, daß das System der Kontingente ein schwerer Fehlschlag war, hat aber keineswegs zur Folge, daß Frankreich jetzt zu einer liberaleren Handelspolitik zurückkehren will. Allen bösen Erfahrungen zum Trotz hält man aber in Frankreich nach wie vor am Protektionismus fest. Nur die Methode der Absperrung soll geändert werden. Frankreich will nach Lösung der Tarifbindungen mit Deutschland weg vom Vertragssystem und zurück zum autonomen Zollstaat.

Was man von einem autonomen Zollsystem in Frankreich zu erwarten hat, läßt schon

der französische Entwurf zu dem Anti-Dumping-Gesetz

der jetzt in der Kammer eingebracht wurde, erkennen. Dieses Gesetz sieht den Schutz gegen irgendwie geartete Exportsubventionen des Auslandes vor, zugleich aber ist es als Bergeltungsinstrument gegen die Länder gedacht, die Frankreichs Export durch hohe Zölle schädigen bzw. französische Waren höher verzollen, als Fabrikate anderer Länder. Mit diesem Gesetz kann man also zollpolitisch ziemlich alles machen, und seine jetzt erfolgende Beratung in der Kammer deutet darauf hin, daß die französische Handelspolitik dieses Gesetz als Druckmittel bei der Serie der bevorstehenden Handelsvertrags-Verhandlungen benutzen will, für die die Besprechungen mit Deutschland nur den Auftakt bilden.

Wer profitierte vom Handelsvertrag?

In Frankreich haben einflussreiche Interessentkreise, die vom Vertragssystem zur Zollautonomie zurück wollen, seit Jahr und Tag die Öffentlichkeit in der Richtung bearbeitet, daß Deutschland der große Gewinner des Handelsvertrages von 1927, Frankreich aber nur der zahlende Teil sei. Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? Deutschlands Ausfuhr betrug nach Abschluß des Handelsvertrages:

	1927	1928	1929	1930	1931
alles in Millionen Mark					
Gesamtexport . . .	561,5	693,8	934,5	1148,6	834,0
Danon Rep.-Viefer.	364,3	396,8	486,1	470,0	264,7
Freier Export . . .	197,2	297	448,4	678,6	569,3

Frankreichs Export nach Deutschland erreichte in der gleichen Zeit

	1927	1928	1929	1930	1931
	806,4	740,8	642	518,7	341,6

Der Abzug der deutschen Reparations-Sachlieferungen vom Gesamtexport ist notwendig, denn für diese Lieferungen ist der deutschen Devisenbilanz auch nicht ein Centime zugestossen.

Aus dem Westen nichts Neues

Unfruchtbare Gelsenkirchen-Versammlung

Die gestrige Generalversammlung der Gelsenkirchener Bergwerks A.-G. ist nach Programm verlaufen. Das heißt, über alle die Öffentlichkeit interessierenden Fragen wurde geschwiegen. Es wurde geschwiegen von der Gelsenkirchen-Leitung, und es wurde so geschwiegen, als ob die deutsche Öffentlichkeit auch jetzt nicht darauf rechnen darf, daß sie die erforderlichen Auskünfte erhält, obwohl das Reich bekanntlich die Mehrheit der Gelsenkirchener Bergwerks A.-G. besitzt und gegenüber der Öffentlichkeit verpflichtet wäre, für die erforderliche Publizität zu sorgen.

Einige neugierige Fragen eines Aktionärs wurden von dem Aufsichtsratsvorsitzenden Generaldirektor Böglert von oben her abgetan. Ueber den Erwerb der Aktienmehrheit von Gelsenkirchen durch das Reich brauche die Gelsenkirchen-Verwaltung keinen Aufschluß zu geben. Die Stahlvereinswerte seien Dauerbeteiligungen und man sei deshalb durchaus berechtigt, die Buchstabe so festzusetzen, wie sie in der Bilanz stehen, d. h. zu annähernd 100 Proz. Dem Beifall des Hoffens folgend, stellte Böglert auch für die Gelsenkirchener Bergwerks A.-G.

eine optimistische Zweckprognose.

Bei Wiedererreichung der Produktionsverhältnisse von 1929/30 werde Gelsenkirchen in Zukunft höhere Dividenden zahlen können als früher. Eine derartige Behauptung ist gänzlich unverantwortlich, da sie

diese Ausfuhr wurde Deutschland auf Reparationskonto gutgeschrieben und der Industrie ihr Wert vom Reich erstattet. Das Aussehen der Handelsbilanz ändert sich aber nach Abhebung der Reparationslieferungen außerordentlich zugunsten Frankreichs:

Deutsch-französische Handelsbilanz				
	1927	1928	1929	1930
Deutschland				
Frankreich	+600,2	+443,2	+193,6	—
Exportüberschuß in Millionen Mark				
				+159,9 +287,7

Die deutsch-französische Handelsbilanz schließt insgesamt in den letzten fünf Jahren mit einem beträchtlichen Ueberschuß für Frankreich ab. Das rasche Steigen des deutschen Exportüberschusses seit 1930 ist im wesentlichen durch die starke deutsche Kaufkraftschrumpfung seit 1929 zu erklären, während die Krise nach Frankreich erst 1931 übergriff. Das hohe Preisniveau als Folge der Kontingentpolitik tat dann ein Uebrigens, um den deutschen Export anzuziehen.

Die Dinge liegen also nicht so, daß Deutschland handelspolitisch der schwächere Partner ist. Die wachsende Mißstimmung gegen die Kontingente in Frankreich und die schweren wirtschaftlichen Rückschläge, die Frankreich mit seinem überprägippten Protektionismus erlitten hat, geben Deutschland im Gegenteil eine günstige Position. Es wäre die wichtigste Aufgabe der deutschen Vertretung, diese Position gegen die französischen Bestrebungen auf Lösung der gebundenen Tarife zu verteidigen, und zwar nicht nur wegen des deutsch-französischen Handelsvertrages, sondern Europas wegen, das durch eine französische Zollautonomie in eine neue handelspolitische Gefahrenzone geraten muß.

Die Berliner Verhandlungen bilden die Generalprobe auf das Exempel, ob die kommende Weltwirtschaftskonferenz nach wie vor ein vom Zoll- und Kontingentswahn befreites Europa vorfinden soll oder ob endlich die Vorbedingungen für eine wirtschaftspolitische Umrüstung geschaffen werden.

unterstellt, daß Gelsenkirchen an seiner Vierteljahrde Stahlvereinsaktien und an dem übrigen Effektenbesitz keine Verluste wird abzubuchen haben. Sie ist aber auch charakteristisch für die Erwartungen, die die Ruhrherren hinsichtlich des Flotow-Berichts immer noch hegen. Hinsichtlich dieses Berichts erklärte Böglert fast schnüdnzig, daß die Gelsenkirchen-Verwaltung nicht wisse, was darin stehe und was das Reich mit dem Bericht wolle. Der Abschluß wurde dann einstimmig genehmigt, natürlich auch mit den Stimmen des Reiches.

Die Neuwahlen in den Aufsichtsrat hatten das Ergebnis, daß in den auf 28 Köpfe verkleinerten Aufsichtsrat als Vertreter des Reiches Herr von Flotow, Bankdirektor Böglert von der Dresdner Bank und von Beljen von der Preussag eintraten.

Die Bescheidenheit des Reiches ist wirklich bewundernswert.

Von 28 Mandaten besetzt es ganze drei, obwohl es die Majorität des 250-Millionen-Kapitals der Gelsenkirchener Bergwerks A.-G. in Händen hat. Das spricht aller kaufmännischen Uebung Hohn und läßt nur den Schluss zu, daß man vom Reich auch unter dem neuen Kabinett nicht zu erwarten hat, daß wichtigste Wirtschaftsinteressen des Reiches und wichtigste Interessen des Steuerzahlers so wahrgenommen werden, wie es sich für jeden Kaufmann von selbst verstehen würde. Gegen eine solche Bescheidenheit,

die natürlich nur eine Verbeugung vor den Ruhrherren darstellt, kann nicht scharf genug protestiert werden.

In den Aufsichtsrat wurde ferner Generaldirektor Haßlach von den Rheinischen Stahlwerken, d. h. von IG-Farben, gewählt, die 10 Millionen Gelsenkirchenaktien besitzen und im übrigen, wie wir gestern berichteten, Appetit auf mehr zu haben scheinen. Interessant ist die Tatsache, daß sich unter den wiedergewählten früheren Aufsichtsratsmitgliedern auch Dr. Werner Rehl befindet, der aus dem Vorstand der Deutschen Bank und Discontogesellschaft im Zusammenhang mit den Schiedungen des Düsseldorf Bankleiters Schäfer ausgeschieden ist.

Schultheiß-Dividende!

Der Aufsichtsrat der Schultheiß-Brauerei A.-G., Berlin, beschloß, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 6 Proz. auf die 15 Millionen Mark Vorzugsaktien und von 4 Proz. auf die 41,4 Millionen Mark Stammaktien vorzuschlagen.

Dieser Beschluß zeigt zweierlei: einmal, wie stark dieses Unternehmen ist, das in einem einzigen Jahre die Folgen der Kagenellenbogen-Krise, nämlich einen Verlust von 60 bis 70 Millionen Mark, überwinden konnte; zum zweiten, daß es dem Braugewerbe doch nicht so schlecht geht, wie es immer behauptet.

Daten zur Konjunktur

Der miserable Baumarkt und die erhöhte Stromerzeugung

In den Groß- und Mittelstädten wurden insgesamt im Oktober 5500 Wohnungen fertiggestellt, 100 Wohnungen (2 Proz.) weniger als im Vormonat und 4700 oder 46 Proz. weniger als im Oktober 1931. Der gesamte Wohnungszugang in den ersten zehn Monaten dieses Jahres blieb um 60 Proz. hinter dem entsprechenden Zugang des Vorjahres zurück. Eine erhebliche Steigerung erfuhr die Wohnungsumbauten. In den Gemeinden mit 10 000 bis 50 000 Einwohnern wurden im Oktober 2000 Wohnungen fertiggestellt, 100 (4 Proz.) weniger als im Vormonat und 850 (29 Proz.) weniger als im Oktober 1931. In sämtlichen Städten mit 10 000 und mehr Einwohnern zusammen wurden von Januar bis Oktober 35 400 Wohnungen fertiggestellt (1931: 125 100), 45 800 begonnen (64 600) und für 48 700 (74 200) Bauerklaubnisse erteilt.

Die arbeitsmäßige Stromerzeugung zeigte nach „Wirtschaft und Statistik“ im Oktober den üblichen saisonmäßigen Anstieg. Es wurde zum ersten Male wieder der gleiche Stand wie im entsprechenden Vorjahresmonat erreicht. Diese verhältnismäßige Steigerung setzte sich seit Juli ununterbrochen fort. Gleichwohl lag die Erzeugung noch um 22 Proz. unter dem entsprechenden Monatsstand 1929. In den ersten drei Vierteljahren 1932 belief sich die Stromabgabe der erfahnen Werke zu gewerblichen Zwecken auf 3,5 Milliarden Kilowattstunden gegen 4,1 Milliarden in der gleichen Zeit 1931.

Die Devisenhöchstbeträge werden nach einer Anordnung des Reichswirtschaftsministers auch im Januar 1933 nur 50 Proz. des Vorjahres ausmachen.

Dollaranleihen gegen chinesisches Flugverkehrsmonopol? Aus Tokio wird von einem provisorischen Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten und China berichtet, nach dem China eine 15-Millionen-Dollar-Anleihe erhalten soll gegen die Konzession, daß Amerika in China große Flugstationen einrichtet und betreibt. Amerika solle innerhalb zwei Jahren über 500 Flugzeuge nach China bringen.

Sowjetrußland. Auf dem nächsten Vortragsabend der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft am Freitag, dem 16. Dezember, spricht Prof. Dr. Jörner von der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin über „Das Agrarproblem Sowjetrußlands“.

Ausschank direkt vom Faß, Kostproben gratis, in allen mit * versehenen Geschäften

1 Liter enthält ca. 3-5 mehr als eine 1/2 Flasche

Sämtliche Preise ohne Glas.		Der ganze Liter	1/2 Fl.	Der ganze Liter	1/2 Fl.		
BERLIN:	Lankwitz: Charlottenstr. 34	Erstklassiger süßer Apfelwein, Dessert, 12/14 %	—,70	—	Glühwein, erste Qualität, als Punsch	1,85	1,45
*N. Brunnenstraße 42	*Charlottenburg: Wilmersdorfer Str. 137	Dessert-Johannisbeerwein das Feinste, 12/24 %	—,85	—	Bester Nordhäuser Brantwein	32%	2,25
*N. Müllerstraße 144	*Neukölln: Berliner Str. 12, Hermann-	Dessert-Kirschwein „Edelklasse“	1,—	—	Feinster Tafel-Aquavit, Yusefrei	35%	2,50
*N. Chausseestraße 76	straße 27 und Bergstr. 66	Deutscher Wermut	—,85	—,70	Feinster Weinbrand-Verschnitt ***	38%	2,85
O. Koppenstraße 87	*Schöneberg, Kolonnenstraße 7	Echt spanischer Tarragona „unverschnitten“ 16%	1,20	—,95	Echter deutscher Weinbrand „Masue“ *** 38%	3,80	2,95
*N. Prenzlauer Allee 50	*Oberschönew.: Wilhelminenhofstr. 40	Echt spanisch Malaga, „unverschnitten“ 16%	1,35	1,10	Echter prima Getreidekorn	40%	3,20
*N. Schivelbeiner Str. 6	*Spandau: Potsdamer Straße 23	Echt ital. Dessertwein, gold, „	1,40	1,15	Feiner Jamaica-Rum-Verschnitt	38%	3,70
*O. Petersburger Str. 42	*Weißensee: Berliner Allee 247	Echter Original Insel Samos	1,80	1,45	Echter Jamaica-Rum-Verschn. (Teerum)	45%	4,25
*SO. Grünauer Str. 15	*Tempelhof: Berliner Straße 152	Echter Douro-Portwein, eigener Import	2,80	2,25	Prima Edelliköre und Punsche	30%	—
*SO. Köpenicker Str. 134/3	*Pankow: Wollankstraße 98	Echt spanischer Rotwein, tiefdunkel	1,—	—,80	Erste Sorte Edelliköre bis zu 38%	4,20	3,25
*SW. Bergmannstr. 11	*Lichtenberg: Wismarplatz 1	Echter weißer süßer Bordeaux, Original	—	1,50			
*W. Martin-Luther-Str. 86	Reinickendorf: Markstraße 45	Echter roter Bordeaux, Original	—	1,50			
*NW. Gotzkowskystr. 31	Schmargendorf: Berkaer Straße 5						
*NW. Wilsnacker Str. 25	Potsdam: Charlottenstraße 69						
*Segnitz: Schloßstr. 121	*Oranienburg: Berliner Straße 1						

Likörfabrik Eduard Süßkind Weingroßhandlung

Zwei Lebende und ein Toter

Roman von
Sigurd Christiansen

31

Der Junge beugte sich vor, bohrte den Kopf zwischen Vaters Hals und Schulter und preßte mit seinen Armen die beiden Gesichter dicht und dicht zusammen. „Ja, Bati“, sagte er, „ja.“

In diesem Augenblick erfaßte Berger, welch grenzenloses Glück ihm widerfahren war.

Die Mutter kam erst nach Hause, als die Uhr schon neun geschlagen hatte. Da hatten Berger und der Junge schon zu Abend gegessen. Dann war der kleine Kerl zu Bett gegangen und Berger hatte sich in nervöser Unruhe umhergetrieben. Ein übers andere Mal hatte er nach der Uhr gesehen. Und als es endlich klingelte ging er in einer fast unerträglichen Spannung hin, um aufzumachen.

Sie war es. Ihr Gesicht war blaß, aber an den roten Rändern um die Augen konnte er sehen, daß sie geweint hatte. Sie sagte kein Wort. Sie sah ihn nur lange und fragend an. Dann ging sie ihm voran in die Diele.

Dort wartete er beklommen, während sie Hut und Mantel abnahm. Er half ihr dabei und hängte die Sachen weg. Immer noch sprach sie kein Wort, atmete nur schwer, fast stöhnend. Dann bückte sie sich, um die Gummischuhe auszuziehen, während er noch immer hilflos dabeistand.

Als sie endlich fertig war, richtete sie sich auf, und nun standen sie da in der halbdunklen Diele und sahen einander an.

„Hast du auf mich gewartet?“

„Nein. — Oder doch — das heißt —“

Er zögerte, aber seine Lippen zitterten etwas zu sehr.

„Ich konnte nicht früher weg. Ich wollte bleiben, bis sie vom Krankenhaus zurückkam.“

Da wurde kein Blick gespannter. „Sie war dort? — Was haben sie gesagt? — Lebt er noch?“ Das letzte kam mit leiser, scheuer Stimme.

„Ja. Aber sie ist nicht zurückgekommen. Sie darf die Nacht dort bleiben.“

„Und Georg?“

„Ethers Mutter ist gekommen. Sie bleibt die Nacht bei dem Kinde. — Der arme, arme kleine Kerl.“ Und ganz hingenommen preßte sie ihr Gesicht in die Hände und weinte.

Berger stand da, völlig vernichtet, ohne zu wissen, was anfangen. Er rang nervös die feuchten Hände und sah seine Frau immerfort an, während es in ihm kämpfte. Auf einmal aber glitt alles von ihm ab. All die Unruhe und die Not, die Angst und die Spannung und er streichelte ihr sanft übers Haar. Dann sagte er leise: „Mich hätte es auch treffen können.“

Noch ein paarmal streichelte er sie und es war ganz stille um sie. Dann hob sie das Gesicht zu ihm auf und sagte mit einer schmerzlichen Innigkeit, die ihn erschütterte: „Meinst du, ich hätte daran nicht auch gedacht?“

Da fragte er fast gierig: „Hast du?“ Und er hielt ihr nasses Gesicht mit heftigem Griff zwischen seinen schweren, zitternden Händen, bog es zu sich empor und sah es an, fragend, als wäre es ums Leben.

„Ja, Eril! — Ja! — Du magst es glauben oder nicht, aber ich habe Gott gedankt, daß du's nicht warst! Du mußt das verstehen. — Mein Gott wenn du's gewesen wärst! Denk doch nur, ich — und der Junge.“

Da war es als ob etwas in ihm erlosch, und er schlug die Augen nieder. Eine bittere Scheu floß über sein Gesicht.

„Und ich?“ sagte er leise. Dann erschauerte er wie im Frost, wandte sich ab und ging hinein.

Etwas Armfeliges lag über ihm, das sich ihr ins Gewissen bohrte. Heute heftiger als sonst. Und sie ging ihm nach, schmiegte sich von hinten an ihn und schlang ihren Arm um seinen gefestigten, enttäuschten Nacken.

„So habe ich es doch nicht gemeint“, sagte sie. „Daß du tot wärst, das wäre ja das aller-allerfurchtbarste. Das kannst du dir wohl denken.“

Etwas später erzählte Berger mit wenigen Worten, was geschehen war. Helene hörte ihm bleich und mit großen Augen zu. Als er fertig war, ging sie ins Schlafzimmer und küßte das Kind zur guten Nacht. Das tat sie mit einer so brennenden, angstvollen Heftigkeit, daß der Kleine fast davon aufgemacht wäre. Er grunzte im Schlaf, knirschte

ein bißchen mit den Zähnen und drehte sich energisch nach der Wand.

Ein paar Minuten stand sie so mit nassen Augen und sah ihn an, voller Grauen, voller Mitleid mit einem andern kleinen Jungen, und voll schmerzlichen, dankbaren Glücksgefühls, weil Gott ihren eignen verschont hatte.

Dann ging sie zurück ins Zimmer, wo Berger sich noch immer rastlos umhertrieb, noch völlig außer Fassung. Sie kauerte sich auf das Sofa, warf sich einen Schal über und machte sich so klein wie möglich, während sie fröstelnd dem langsamen Hin- und Hergehen des Mannes von Stube zu Stube folgte.

Sie war bei Frau Quisthus gewesen, als die Botschaft gekommen war. So war sie die erschütterte Augen- und Ohrenzeugin der

Wirkung gewesen. Erst jetzt, eine halbe Stunde später, als sie wieder etwas im Gleichgewicht war, konnte sie erzählen.

Berger hatte sich zu ihr gesetzt. Er saß rittlings auf einem Stimmstuhl und packte die Stuhllehne fest mit beiden Händen. Und doch ergriff ihre Erzählung ihn nicht so, wie er geglaubt hatte. Wohl machte es Eindruck — selbstverständlich machte es Eindruck — von den verzweifelten und trauernden Hinterbliebenen zu hören. Aber er selber hatte Schlimmeres erlebt. Einen viel heftigeren Eindruck. Er hatte den armen verstümmelten, sterbenden Quisthus gesehen — mit dem Gesicht am Boden — und das Blut, das durch das hellblonde Haar sickerte — und wie sie ihn dann umdrehten — die halbzerfahrene Stirn.

Herr des Himmels — war es denn nicht Quisthus, der sterben sollte? Er, ganz allein nur er war wichtig. Wenigstens heute. Später würden wohl auch die anderen dafür bluten müssen. Sie aber lebten! Wenn sie auch litten. Und ihr Leid würde die Zeit schon lindern. — Aber Quisthus — der mußte sterben!

Er war aufgestanden und balancierte mit dem Stuhl. Sein Gesicht war vor Erregung weiß, die grauen Augen quollen ein wenig hervor und das glatte dunkle Haar war durch die unruhigen Handstriche in Unordnung geraten.

Helene sah ihn an, bang und ein wenig erstaunt. „Was fehlt dir? Ist dir nicht wohl?“

Du solltest dich hinlegen. Du kannst die Gemütsbewegung nicht vertragen.“

Er schüttelte energisch abweisend das bleiche, verzerrte Gesicht. „Mir fehlt nichts, mir geht's bloß nach, daß für dich die Hauptsache ist, was trotz allem nur Nebensache ist. Quisthus ist der Betroffene — er ist es, der heute nacht sterben muß. Ja, vielleicht ist er schon tot. Er ist hin. Wir ändern alle, wir leben. Er aber ist nicht mehr. Das ist es, was mich erregt. Heute nachmittag war er noch. Wir lachten und schwagten miteinander. Jetzt aber ist er nicht mehr. Ist ganz einfach nicht mehr!“

Sie verstand ihn, aber sie widerstrebte im Namen der andern. „Und die andern?“ sagte sie. „Sind die denn gar nichts? Denk dran, was die durchmachen müssen. Kannst du dich denn gar nicht in die hineinsetzen? Der arme, arme Quisthus! Aber der stirbt ja doch, der hat nur noch diese eine Nacht zu leiden. Aber die, die zurückbleiben, was werden die nicht zu erleiden haben. Kannst du das denn nicht fassen?“

„Doch“, antwortete er heiser. „Doch. — Aber ich weiß auch, daß der Schmerz sich gibt, daß er wenigstens leiser wird. Ich weiß, daß sie noch Jahr um Jahre, Tag um Tage vor sich haben. Daß sie noch Freuden und Befriedigungen zugute haben. Daß sie Stunden erleben werden, wo sie lachen und scherzen werden, ohne daß ein einziger leiser Gedanke an den Toten ihnen das Lachen trübt.“

(Fortsetzung folgt.)

Paul J. Schmidt:

C. G. Langhans

Zu seinem 200. Geburtstag

Carl Gotthard Langhans d. Ae. wurde am 15. Dezember 1782 in Landeshut in Schlesien geboren und hat bis 1788 in Schlesien als Architekt, seit 1775 als preußischer Kriegs- und Oberbauamt gewirkt. Er gehört zu den Baumeistern, die den Klassizismus im Kampf gegen barocke Formbewegtheit zum Sieg führten, als Ausdruck einer durchaus bürgerlichen Gesinnung, die das feudal eingestellte Barockwesen abgelöst hat. Seinen Charakter als Bahnbrecher erkennt man klar schon an seinem ersten Monumentalbau, dem Hofschloß-Palais in Breslau, das er 1766 bis 1773 erneuerte. Gegenüber der sehr bewegten und pomphaften Fassade des ursprünglichen Baues bedeutet die seine eine grundsätzliche Umkehr zu horizontal gelagerten und in der Fläche beharrlichen Ruhe der architektonischen Gliederung, die in jener Zeit wie ein revolutionäres Programm wirkte. Noch viel stärker trat sein Modernismus bei der ehemaligen Zuckerfabrik, dem jetzigen Proviandamt in Breslau (1771) zutage. Die absolute und schmutzlose Zweckdienlichkeit dieses tubischen Riesenbaus scheint an Probleme unserer Gegenwart unmittelbar zu rühren.

Vielleicht aber war Langhans zu früh geboren: Seine Sehnsucht galt einer Zukunft von reinster Formklarheit im bürgerlichen Zweck Sinn; in ihrem Geist hatte er 1771 die Zuckerfabrik errichtet. Zugleich aber blieb er doch ein Sohn des 18. Jahrhunderts und seiner durchaus noch aristokratischen Schmutzfreudigkeit. So ist es nicht verwunderlich, daß er nicht nur bei den Adels- und Theater seiner Frühzeit, sondern auch nach seiner Berufung als Oberhofbauamt nach Berlin 1788 in einem Zwischenstadium beharrte, das mit dem Streben nach klassizistischer Einfachheit der Form, nach glatten Mauern, griechischer Klarheit und Ebenmäßigkeit des Raumgefühls einen Reichtum dekorativer Formen verband, der in seinem Wesen noch den Geist des Rokoko atmete. Solcher Art sind namentlich das Belvedere im Charlottenburger Schlosspark und die Inneneinrichtung des Rarmorpalais in Potsdam.

So wird man seine beiden in Berlin an hervorragender Stelle stehenden Werke, auch aus dem geistigen Konflikt eines Bahnbrechers und Uebergangskünstlers zu beurteilen haben, den Marienforum und das Brandenburger Tor. Grundgesetz des deutschen Schaffens in den Jahrzehnten um 1800 ist die Zwiespältigkeit der Romantik, die Erfüllung ihrer revolutionären Zukunftsträume im Anschluß an vergangene Lebensformen suchte. Langhans folgte nur dieser zwingenden geistigen Haltung, wenn er den Ausbau des Marienforums (1787) in einer so wunderlichen wie geistvollen Verquickung klassischer und gotisch-romanischer Formen durchführte: die schönste und originellste Ergänzung eines mittelalterlichen Baues, die es gibt, durchaus im Sinne schöpferischer Weiterbildung und darum genial zu nennen.

Nicht anders ist sein Hauptwerk zu beurteilen, das 1789 bis 1794 erbaute Brandenburger Tor mit der herrlichen Quadriga und den andern viel zu wenig bekannten Riesenfiguren und Reliefs von Gottfried Schadow. Das Vorbild dieses Meisterwerks sind eingeständenermaßen die Propyläen der Akropolis zu Athen. Aber

Langhans hat das große Vorbild in einem vollkommen romantischen und also neuzeitlichen Sinne umgestaltet. Es ist zugleich Blickpunkt der großen Achse der Linden, die vom Schloß ausgeht, und Abschluß der Stadt gegen das Land (in Gestalt des Tiergartens); zugleich Hauptplatz des kostbaren Biercks des Pariser Platzes und Symbol

der Reichshauptstadt, Meisterstück einer schöpferischen Stadtbauphantasie. In dem strengen und edlen Klassizismus seiner Säulen und Attika birgt sich die romantische Hochspannung einer Zeit, die es verstand in Nachahmung antiker Formen ihr eigenes Gegenwartgefühl sinnvoll, plastisch und symbolisch auszudrücken.

Herbert Lejtiboudois:

Die phantastische Elendsstadt

Zehntausend Lichter erzeugen taghellen Glanz.
Zehntausend Freuden vollführen phantastischen Tanz.
Und Hamburgs nächtlicher Himmel strahlt magischen Schein
bald leuchtend wie Phosphor, bald schimmernd wie blutroter Wein.
Gerüste ragen seltsam gespenstisch empor.
Zehntausend Geräusche rasen und hämmern ins Ohr.
Zehntausend Menschen kommen und gehen im rastlosen Strom —:
das ist der Hamburger Dom!

Das ist der Hamburger Dom, wie die lüsterne Welt
ihn wünscht und ihn sehen will für eine Tasche voll Silbergeld,
das sie hingibt an Glücksräder, Zauberbuden, Achtbahn und Karussell.
Leben will sie und lachen, das brausend und heil
sich über romantisch geputzte Domgassen schwingt
und von schlafenden Häusern im Hintergrund widerklingt.
Das ist, was die Welt für ihr Geld verlangt —:
einen Dom, der wie sie in Betrunkenheit schwankt!

Und er tut es gefällig wie eine Dirne, dieser jährliche Dom —:
er taumelt betrunken wie der betrunkene Menschenstrom.
Gewährt, was er kann und „was euch gefällt“ . . .
für die mit den Taschen voll Silbergeld.
Eine scheußliche Lache ist Nacht für Nacht
sein Gesicht, das er aus Geschäftsgründen macht.
Die Not der Zeit läßt ihn den Harlekin der Weltstadt sein;
denn davon lebt er allein!

Zehntausend Lichter täuschen taghellen Glanz.
Verhungerte Elendsgestalten tanzen phantastischen Tanz.
Elendsgestalten unten im Publikum und oben im Schaustellerhaus.
Nur, Kohldampf und Gier sieht ihnen zum Knopfloch heraus.
Die einen, auf hölzerner Bühne, müssen sich grinsend prostituieren,
und gegen Eintritt falsche Erotik, vorlogenen Kitsch produzieren;
die andern, unten im Publikum, frieren und ohne Geld,
die stehen und warten darauf, daß eine Bratwurst vom Budentisch fällt . . .

Aber nur selten rollt eine Bratwurst einer lungenlangen Elendsgestalt in den Schoß.
Und die Mädchen und Männer auf hölzerner Bühne markieren Erotik bloß,
weil sie davon leben. Im Herzen sind sie längst abgestorben und tot.
Was hinter Seidenflittern und Purpurmänteln schreit, ist nacktste Sorge um Fressen
Amüsier dich, entfesselter Bürger, amüsier dich am laufenden Band! | und Brot.
Für dich bleibt der Dom ein phantastisches Zauberland,
das dir dient, dich verquält, dein Gemüt unterhält
für eine Tasche voll Silbergeld.

Es ist gut, daß du nur die Fassade siehst,
und dein Geld ohne Hemmung in die Kassen der Schausteller fließt,
und aus der Schaustellerkasse in die Angestelltenhand,
und aus der Angestelltenhand hinter die Mägenwand.
Das alles ist gut. Denn der Dom lebt von dir allein.
Durch deine Freude am Prostituiertentum
wird manche „Schönheit des Orients“, mancher „Kraftmensch“ und manche „Königin
für einige Wochen über den lausigsten Hunger hinweggebracht. | der Nacht“

Zehntausend Lichter täuschen taghellen Glanz.
Zehntausend Freuden tanzen phantastischen Tanz.
Und Hamburgs nächtlicher Himmel strahlt magischen Schein
bald leuchtend wie Phosphor, bald schimmernd wie blutroter Wein.
Das ist der Hamburger Dom, wie die lüsterne Welt
ihn wünscht und ihn sehen will für eine Tasche voll Silbergeld.
Das ist, was der entfesselte Bürger fürs Geld verlangt —:
einen Dom, der wie er in Besoffenheit schwankt!

